

Von: Prof. Dr. Monika Dobberstein <monika.dobberstein@gmx.de>
Gesendet: Donnerstag, 5. Dezember 2024 06:57
An: 'robert.habeck@bundestag.de' <robert.habeck@bundestag.de>
Betreff: Einladung zum Frühstück

Sehr geehrter Herr Habeck,

ich würde Sie gerne zu mir und meiner Lebensgefährtin zum Frühstück einladen.

Das Thema, das wir gerne besprechen würden:

Ist es Ihrer Partei tatsächlich ernst mit der Forderung, dass es in Deutschland keinen Platz für Misogynie, Homophobie, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geben darf oder ist der Einsatz Ihrer Partei gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nur rein performativ und man schützt, wenn diese Menschenfeindlichkeit aus den eigenen Reihen kommt, im Zweifel lieber die Täter*innen?

Das Thema betrifft uns in besonderem Maße, weil wir - als ich von 2016 bis 2020 Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH war - Homophobie, Rassismus und Misogynie von Seiten der Soester Kommunalpolitik in einem Ausmaß erlebt haben, das wir so im 21. Jahrhundert nicht erwartet hatten und das bis heute unser Leben erschüttert und uns für den Rest unseres Lebens verarmen lässt. Ihre Parteimitglieder vor Ort waren an vorderster Front dabei, sie haben den Politiker*innen der konservativen Parteien so die Lizenz zum Hass gegeben.

Hier in aller Kürze, worum es geht:

"Soest ist und bleibt ein beschauliches Städtchen. Seine eingesessenen BürgerInnen und Bürger tun sich schwer mit Menschen, die aus den tradierten und verankerten Rollenbildern fallen. [...] Erfolgreiche, lesbische, feministische Frauen fallen aus diesen Rollenbildern und erzeugen damit manchmal Befremden", so ein Ratsmitglied.

Der Soester Bürgermeister setzte planvoll und zielgerichtet falsche Tatsachenbehauptungen in die Welt, um mich, eine offen lesbische lebende Frau, aus der Geschäftsführung einer kommunalen GmbH zu drängen - trotz meiner herausragenden Leistungen. Die Verleumdungen bedienten die misogynen und homophoben Stereotypen des Mannweibes und der Kampfliebe - aggressiv, nicht bürgerlich.

Als meine bevorstehende Nichtwiederwahl an die Presse durchgestochen wurde und ich davon ausgehen musste, dass die Presse auch Kenntnis über die Verleumdungen hatte, die mir bruchstückhaft zugetragen worden waren, sagte ich in einem differenzierten Interview u.a., dass ich überzeugt sei, dass bei dieser Nichtwiederwahl auch Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle gespielt hatten.

Daraufhin kündigte mir der Stadtrat fristlos: dies sei eine boshafte, ehrverletzende falsche Tatsachenbehauptung.

Das Landgericht hat meine Klage gegen die Kündigung abgewiesen, ohne die Lügen des Bürgermeisters auch nur zu erwähnen, geschweige denn in die Abwägung einzubeziehen. Das Strafverfahren wegen Verleumdung und versuchten Prozessbetrugs gegen den Bürgermeister et al wurde eingestellt, obwohl die Beweise erdrückend waren.

Die Staatsanwaltschaft ist dem Justizminister und damit der NRW Landesregierung weisungsgebunden, in deren Regierungserklärung es hieß: "Diskriminierung und Gewalt gegen queere Menschen treten wir konsequent entgegen und zeigen Null Toleranz gegen alle Formen gruppenspezifischer Menschenfeindlichkeit."

Von: Antifeminismus <antifeminismus@amadeu-antonio-stiftung.de>
Gesendet: Dienstag, 21. Februar 2023 14:14
An: [REDACTED]
Betreff: Meldestelle Antifeminismus Beratungswunsch

Guten Tag Monika Dobberstein,

herzlichen Dank für Ihre Meldung, die wir in unsere Dokumentation aufgenommen haben.

Wir möchten uns ausdrücklich für die ausführlichen Darlegungen bedanken, die strukturellen und systemischen Dimensionen mit der die misogynen und homophoben Einstellungen und Vorwürfe gegen Sie in den letzten Jahren Einfluss genommen haben, werden sehr deutlich.

Es wird auch deutlich, dass Sie im rechtlichen Bereich bereits Wege beschritten haben und dass auch hier, wie sie es treffend schreiben, typische misogyne Muster ablaufen.

Homofeindliche Diskriminierung und Ausgrenzung über so viele Jahre hinweg ist eine immense Belastung. Es kann hilfreich sein, sich bei der Verarbeitung und Bearbeitung Unterstützung bspw. in Form von psychosozialer Beratung zu suchen.

Wir möchten Sie daher auf folgende Stelle in NRW aufmerksam machen: <https://vielfalt-statt-gewalt.de/>

Lokale Angebote sind in der Regel auch vor Ort vernetzt und können noch einmal spezifisch weiterverweisen.

Sie können sich zudem an die Antidiskriminierungsstelle des Bundes für zusätzliche Beratung wenden:

<https://www.antidiskriminierungsstelle.de/DE/wir-beraten-sie/jetzt-kontakt-aufnehmen/jetzt-kontakt-aufnehmen-node.html>

Für weitere Fragen stehen wir natürlich zur Verfügung.

Wir wünschen Ihnen alles Gute

Das Team der Meldestelle



Novalisstraße 12, 10115 Berlin
Fon
antifeminismus@amadeu-antonio-stiftung.de
antifeminismus-melden.de

Wie oben bereits ausgeführt, ging es neben Misogynie und Homophobie auch um Rassismus:

Juergen Zimmerer @JuergenZimmerer · Jul 17
WTF
#völkisches Deutschland in a nutshell

Prof. Dr. Monika Dobberstein @DrDobberstein · Jul 16
Replying to @JuergenZimmerer
Meine Lebensgefährtin hat keinen dt. Nachnamen. Das reichte in SO, sie als Ausländerin zu markieren. Dazu kamen misogyne + homophobe Diskriminierung. Es endete mit meiner Nichtwiederwahl als GF einer kommunalen GmbH. Hier meine ganze Geschichte: [dobberstein-real-estate.com/soest/](https://www.dobberstein-real-estate.com/soest/)

Meine Lebensgefährtin ist eine dt. Rechtsanwältin ohne Migrationshintergrund. Sie hat eines der besten 2. Staatsexamen in Bayern, einen internationalen MBA und internationale M&A-Deals im Wert von mehreren 100 Mio. € verhandelt. Aber sie hat keinen dt. Nachnamen und das reicht oft, sie als Ausländerin zu markieren.

In Soest, wo ich Geschäftsführerin einer kommunalen Gesellschaft war, wurde unter Stadtratsmitgliedern diskutiert, ob das Gesicht meiner Lebensgefährtin zu slawisch ist – zu slawisch für was, frage ich mich? Um Mitglied in der sog. Soester Stadtgesellschaft werden zu können? Die Ratsmitglieder haben nicht einmal gefragt, woher der Name und die Gesichtszüge stammen, diese haben nämlich keinen slawischen, sondern einen turkstämmigen Hintergrund, was am Nachnamen im Übrigen einfach zu erkennen ist. Aber mit dem Begriff des slawischen wählten die Ratsmitglieder wohl nicht zufällig einen aus, der in Deutschland so ungut mit dem Begriff des Untermenschen verbunden ist und eine Assoziations-Kette von Minderwertigkeit auslöst.

Es endete damit, dass ich trotz meiner herausragenden Erfolge nicht wiedergewählt wurde. Als wir in einer gerichtlichen Auseinandersetzung den Rassismus schilderten, bestritt der AR den Vorfall nicht, empörte sich aber, er sei nicht „ausländerfeindlich“. Mit dieser Aussage bestätigte der AR letztendlich, dass er meine Lebensgefährtin als Ausländerin betrachte und damit auch, dass er sich rassistisch verhalten hatte.

2 5 27 2,878

Die gesamte Geschichte finden Sie auf einer versteckten website: <https://www.dobberstein-real-estate.com/soest/>

Gegen diese Seite gibt es keine Gegendarstellung, keine Unterlassungsklage, keine Strafanzeige (beispielsweise wegen Verleumdung oder Abgabe falscher Versicherungen an Eidesstatt.) Sie können also davon ausgehen, das stimmt, was dort steht und dass diese Seite rechtssicher ist.

In den letzten 4 ½ Jahren haben wir Dutzende von Hilferufen an Amtsträger Ihrer Partei gesandt: an die jeweiligen Parteizentralen in Berlin und Düsseldorf, die in NRW zuständigen Minister, Sven Lehmann, Ferda Ataman etc. Nicht alle dieser Hilferufe, aber einige markante lege ich hier bei. Auf all diese Hilferufe haben wir keine einzige Antwort erhalten. Die Täter*innen haben weiterhin ihre Ämter und Ihr NRW-Justizminister Dr. Limbach schützt durch

Rechtsbeugung die Täter vor Strafverfolgung, politischer Verantwortungsübernahme, den Soester Bürgermeister ggf. sogar vor dem Verlust seiner Pensionsansprüche und die Stadt Soest vor hohen Schadenersatzzahlungen. Unser Leben hingegen liegt in Schutt und Asche.

Spätestens seit der Einstellung des Strafverfahrens gegen den Bürgermeister – trotz der erdrückenden Beweise – ist der Skandal mindestens auf der Landesebene. Wir sind die Leichen im Keller der Glaubwürdigkeit ihres Markenkerns in Bezug auf gesellschaftspolitische Themen.

Mittlerweile ist die Sache so stark eskaliert, dass mir unter dem Vorsitz der GRÜNEN Aufsichtsratsvorsitzenden und ihrer GRÜNEN Stellvertreterin gedroht wird, unter einem Vorwand eine gerichtliche Auseinandersetzung anzuzetteln, um im Verfahren meine Schuld- bzw. Prozessunfähigkeit feststellen zu lassen – die beiden Damen möchten mich also mindestens unter Betreuung stellen lassen bzw. letztlich in die Psychiatrie einweisen lassen oder mir zumindest mit dem in öffentlicher Sitzung gestellten Antrag drohen, der meine Chancen, je wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen, endgültig vernichten würde. Sie hatten sogar schon eine Kanzlei beauftragt, die das offenbar umsetzen sollte, die aber so dilettantisch vorgegangen ist, dass dieser erste Versuch abgebrochen wurde. Die Drohung steht aber weiter im Raum.

Die Landesregierung und die Staatsanwaltschaft wissen seit 2 Jahren um diese Drohungen, unternehmen aber nichts. Ich habe den Eindruck, dass der Soester Bürgermeister oder jemand aus seinem Umfeld mich auf offener Straße erschießen könnte und die Staatsanwaltschaft fände immer noch einen Grund, das Verfahren einzustellen.

Ich habe nun kürzlich beantragt, dass zwei Strafverfahren, die die Staatsanwaltschaft seit 2 Jahren nicht bearbeitet, in denen sie Anfragen nach dem Sachstand und Anträge auf Akteneinsicht einfach unbeantwortet lässt, aus NRW heraus verlagert werden. Darüber hinaus habe ich nun Strafanzeige/-antrag gegen 3 Oberstaatsanwälte gestellt, die unter grotesken Begründungen Strafanzeigen eingestellt haben und auch für diese Verfahren beantragt, dass diese aus NRW heraus verlagert werden. Und ich habe eine dritte Petition an den NRW-Petitionsausschuss gerichtet, denn dieser hatte mich auf den Gerichtsweg verwiesen, der ganz offensichtlich nicht funktioniert, weil die dem Justizminister weisungsgebundene Staatsanwaltschaft ihr Amt dreist politisch missbraucht.

Als die Sache noch ganz „frisch“ war, in der zweiten Jahreshälfte 2020, haben wir uns u.a. an die damalige NRW-Parteivorsitzende Mona Neubaur und auch an Josefine Paul gewandt, damals queerpolitische Sprecherin im Landesvorstand. Es war dies eine Chance für die Grünen (und genauso für die CDU), die Angelegenheit hinter den Kulissen zu regeln, doch es geschah nichts. Insbesondere Mona Neubaur und Josefine Paul haben die Situation entweder falsch eingeschätzt oder waren mit den massiven Verursachungsbeiträgen aus der eigenen Partei überfordert - jedenfalls machten sie den gravierenden Management-Fehler der Untätigkeit und des Sich-Wegduckens. Wir haben der Stadt Soest über 2 ½ Jahre – bis zur Einstellung des Strafverfahrens gegen den Bürgermeister - ein Mediationsverfahren angeboten und davon wusste sowohl der Parteivorstand als auch die Landesregierung. Statt ihre Soester Amtsträger in einen Vergleich zu drängen, hat man zugelassen, dass mich Ihre Ortsvertreter*innen in die gerichtliche Auseinandersetzung und die Strafanzeige trieben. Und dann wusste man sich in Ihrer Partei und der Landesregierung offenbar nicht mehr anders zu helfen, als mich durch die Rechtsbeugung der Ihrem Justizminister weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mundtot zu machen.

Gerade wegen Ihrer Gesellschaftspolitik habe ich Sie in den letzten Jahrzehnten immer wieder gewählt. Deshalb bin ich nun fassungslos. Ihre Partei sollte an meiner Seite sein, statt dessen muss ich gegen diese kämpfen. Wie die beiden Kirchen schützen Sie die Täter in den eigenen Reihen und lassen die Opfer zugrunde gehen. Was Ihre Partei tut, ist widerlich, verlogen, heuchlerisch und entzieht der Demokratie ihr wichtigstes Gut, den Rechtsstaat. Ihr NRW-Justizminister betreibt Justiz nach Gutsherrenart und bekanntlich nicht nur in meinem Fall (Stichworte: Verschleppung der Aktenweitergabe für den HH-CumEx-Ausschuss, Wegmobben der CumEx-Staatsanwältin Brorhilker, Besetzung des Präsidentenposten des OVG Münster mit einer Freundin).

Es dürfte Sie erstaunen, aber ich werde die Grünen in der kommenden Bundestagswahl trotzdem erneut wählen: weil sie als einzige den Angriff von Russland und China auf den Westen und den Modernisierungsbedarf der dt. Wirtschaft verstanden haben und weil ich Ihren Pragmatismus schätze. Betrachten Sie das als Zeichen, dass ich

genauso pragmatisch bin wie Sie und wie viele Lösungen möglich gewesen wären, hätte nur jemand aus Ihrer Partei je den Mut gehabt, mit uns zu reden. Dass ich Ihre Partei wählen werde, heißt aber nicht, dass ich ihr im Zweifel öffentliche Kritik in meinem Fall ersparen werde.

Das heißt auch nicht, dass ich den Grünen je verzeihen werde, was Sie mir und meiner Lebensgefährtin angetan haben und insbesondere nicht die Rechtsbeugung, die uns jedes Sicherheitsgefühl, das wir je hatten, für den Rest unseres Lebens beraubt hat. Wir sind vogelfrei, das wissen wir jetzt. Und die GRÜNEN haben uns für vogelfrei erklärt.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Anlage:

ausgewählte Hilferufe an die Grünen

**Kontaktaufnahme vom 10.4.2021 zur NRW-Ministerin Josefine Paul nachdem sie selbst ihre lesbische Beziehung zu Katja Meier in der Zeit bekannt gemacht hatte
Paul war damals queerpolitische Sprecherin im NRW-Vorstand von Bündnis 90/Grüne**

Sehr geehrte Frau Paul,

haben Sie herzlichen Dank für Ihren Artikel über Ihre lesbische Beziehung in der Zeit.

Als ich Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH war, ist es meiner Lebensgefährtin und mir leider ganz anders als Ihnen ergangen: Wir haben die schlimmste Version von dem erfahren, was Sie in Ihrem Artikel als Gefahr benennen.

Mir ist vom ersten Tag an in Soest signalisiert worden, dass ich für diese Stadt nicht genüge, was absurd war, denn eigentlich hätte der Rat stolz sein können, eine so kompetente Geschäftsführerin gewonnen zu haben. So ist mir z.B. erklärt worden, dass meine akademischen Titel in Soest nichts zählen, obwohl gerade mein immobilienwirtschaftliches Know-how ein Glücksfall für die Stadt war in einer Zeit, in der sie sich in drei Großprojekte stürzte. Meine herausragenden Leistungen wurden ignoriert oder kleingeredet und ich aufgefordert, bescheiden zu sein und diese ebenfalls nicht zu erwähnen. Trotz meiner extremen Leistungsbereitschaft, meiner großen Erfolge und meines transparenten und wertschätzenden Umgangs mit dem (Aufsichts)Rat war das Verhalten des (Aufsichts)Rates mir gegenüber aggressiv, abkanzelnd und demütigend. Als ich das einmal im AR thematisierte, wurde protokolliert, dass der Großteil der AR-Mitglieder das Verhalten mir gegenüber als unangemessen bewertet, sogar das Wort „Mobbing“ fiel aus den Reihen des AR und wurde protokolliert.

Wenn ich mit meiner Lebensgefährtin eine Veranstaltung betrat, drehten sich zahlreiche Ratsmitglieder sichtbar weg. Wenn sie nicht vermeiden konnten, meiner Lebensgefährtin die Hand zu geben, gelang es ihnen nicht, sie dabei anzuschauen. Obwohl ich meine Lebensgefährtin immer als solche vorstellte, brachte kein*e Gastgeber*in dieses Wort je über seine*ihre Lippen. Unsere Beziehung wurde unsichtbar gemacht, indem sie als meine Begleiterin, meine Mitspielerin oder sonst etwas vorgestellt wurde. Auch der Soester Anzeiger machte sie unsichtbar, worüber ich mich bei dem Redakteur (cc Chefredakteurin, Bürgermeister) beschwerte, worauf die Chefredakteurin das Fehlverhalten sofort einräumte. Ein Interviewangebot, in dem ich das Thema offen ansprechen wollte, nahm der Soester Anzeiger nicht an. Deshalb ist es besonders infam, dass der gleiche Redakteur nach meinem Interview behauptete, ich hätte das Thema der Homophobie vorher nie angesprochen und dass dies der Beweis dafür sei, dass ich nun ein relevantes, gesellschaftspolitisches Thema perfide missbrauchte, um mein eigenes Scheitern zu kaschieren. Tatsächlich haben meine Lebensgefährtin und ich das Thema immer wieder angesprochen, mit dem Soester Anzeiger, mit (Aufsichts)Ratsmitgliedern und mit Mitarbeiter*innen, von denen einige meine Lebensgefährtin ebenfalls nicht grüßten.

Wir mussten uns auch anhören, dass man meine Lebensgefährtin für den Mann in unserer Beziehung halte und deshalb befürchte, dass sie die heimliche Geschäftsführerin sei. Darüber hinaus musste meine Lebensgefährtin sich anhören, dass sie leider ein zu breites, slawisches Gesicht habe und dass andere Fraktionsmitglieder das noch

strenger beurteilten. Meine Lebensgefährtin gewann den Eindruck, dass sie wegen ihrer tartarischen Gesichtszüge und ihres turkstämmigen Namens offenbar nicht würdig genug sei, um ihr Zugang zur Stadtgesellschaft zu gewähren.

Als sich der Wiederwahltermin näherte wurde es immer schlimmer. Zusätzliche AR-Sitzungen wurden einberufen, von denen ich heute überzeugt bin, dass sie nur einberufen wurden, um mich so fertig zu machen, dass ich freiwillig auf die Wiederwahl verzichten würde. Kurz vor dem Wahltermin tauchten dann überall Gerüchte auf, dass ich meine Mitarbeiter*innen schlecht behandelte, obwohl das Gegenteil richtig war. Der Inhalt der Gerüchte wurde mir vorenthalten, so dass ich mich nicht verteidigen konnte. Darüber hinaus wurde mit großem Belastungseifer nach Kündigungsgründen gesucht. So wurde sogar geprüft, ob ein Kündigungsgrund besteht, weil ich Emails an die Ratsmitglieder mit offenem Header (Adressen im An-Feld) versandte (alle Emails hatte ich aber aus dem öffentlichen Ratsinformationssystem).

Als AR-Mitglieder meine bevorstehende Nichtwiederwahl an die Zeitung durchgestochen und ich davon ausging, dass man eine Druckkündigung wegen der vermeintlich schlechten Mitarbeiterführung unmittelbar bevorstand, gab ich ein langes, differenziertes Interview, in dem ich auch sagte, dass ich davon überzeugt sei, dass bei der Nichtwiederwahl Frauenfeindlichkeit und Homophobie eine Rolle gespielt hätten. Bürgermeister und AR-Vorsitzender behaupteten daraufhin im Soester Anzeiger,

- dass man immer versucht habe, vertrauensvoll mit mir zusammenzuarbeiten, ich aber diesen Pfad nun verlassen hätte und
- dass ich das Thema der Homophobie niemals vorher angesprochen hätte.

Beides waren infame Lügen. Wegen „meines Interviews“ wurde ich dann fristlos gekündigt. Ein Angebot für einen Aufhebungsvertrag wurde nur zum Schein vorgelegt, denn es beinhaltete die Bedingung, dass ich meine Vorwürfe hätte zurücknehmen müssen, was aus vielen Gründen für mich niemals in Betracht kam. Zudem wurde meine herausragende Leistungsbilanz pauschal und undifferenziert abgelehnt. Bis heute wird mir der Kündigungsgrund vorenthalten, ich habe kein Zeugnis, Urlaubsansprüche wurden mir nicht ausgezahlt, etc. Aus dem Aufsichtsrat habe ich erfahren, dass man glaubte, alles mit mir machen zu können, weil ich wegen der hohen Kosten, dem hohen Risiko und der dann erneuten schlechten Presse nicht klagen könne, wozu ich mich nun aber doch entschlossen habe.

Leider haben die Grünen in Soest erheblich zu all dem beigetragen. Zwar haben sie zusammen mit der SPD damals dafür gesorgt, dass der CDU-Kandidat auf Platz 1 zurückzog und ich so ins Amt kam, Frau Richter als AR-Mitglied hat auch ab und zu zaghaft versucht, das Mobbing im AR zu unterbrechen und zumindest ein Teil der Grünen hat mich wiedergewählt, aber vieles von dem was ich oben schildere, kam leider direkt von Frau Richter und Frau Liedmann (dass meine akademischen Titel bedeutungslos seien, das Kleinreden meiner Leistungen (nur ordentlich), die Behauptung, dass meine Lebensgefährtin der Mann in unserer Beziehung sei und die Angst, dass sie deshalb heimlich die Geschäfte führe, das zu slawische Gesicht). Auch der fristlosen Kündigung haben die Grünen zugestimmt. Und als nach der Kommunalwahl die Grünen den Vorsitz im Aufsichtsrates übernahmen und ich noch einmal den Versuch unternahm, über einen Aufhebungsvertrag zu verhandeln, gab es nicht einmal eine Antwort. Frau Maibaum hatte mir zudem versprochen, dass das, was der Bürgermeister und der damalige CDU-AR-Vorsitzende im Soester Anzeiger im Namen aller (Aufsichts)Ratsmitglieder gesagt hatte, nicht stehen bleiben würde, aber bis heute hat dem niemand widersprochen und die Zeitungsartikel belasten meine Bemühungen um einen neuen Job auf das Schwerste. Frau Maibaum hatte es zudem begrüßt, dass ich auf die Unterzeichnung des Aufhebungsvertrages verzichtete und nicht zurücknahm, was ich in Bezug auf Frauenfeindlichkeit und Homophobie gesagt hatte, denn die Grünen wollten das Thema „Frauenförderung“ zum wichtigen Wahlkampfthema machen - aber sie taten es nicht. Und nicht zuletzt wollte Frau Maibaum mich im Sommer, vor der Kommunalwahl dazu animieren gegen die Kündigung zu klagen, was ich nicht tat, weil ich zum einen weiter auf eine Verhandlungslösung setzte und zum anderen zu krank war, um einer Gerichtsverhandlung gewachsen zu sein.

Nun aber läuft die Klage und Frau Richter als AR-Vorsitzende muss als Vertreterin der Beklagten demnächst in einer öffentlichen Gerichtsverhandlung vertreten, dass die fristlose Kündigung gerechtfertigt war. Indem Frau Richter und Frau Liedmann uns gegenüber ihre Vorurteile ganz unbefangen ausplapperten, sich die Grünen im Rahmen der Kündigung nicht öffentlich an meine Seite und gegen den Bürgermeister stellten und zuletzt auch noch den AR-Vorsitz übernommen haben, haben sie sich selbst in eine unmögliche Position manövriert. Das birgt auch die Gefahr, dass sie – auch überregional - negativ in die Schlagzeilen geraten.

Ich habe bundesweit, über weite Parteigrenzen hinweg hochrangige Politiker*innen gebeten, mir hinter den Kulissen zu helfen. Aus Ihrer Partei habe ich Frau Hasselmann und Frau Neubauer angesprochen. Frau Hasselmann scheint auch mit den Soesterinnen gesprochen zu haben. Leider hat sich dadurch das Verhalten der Soester Grünen in Bezug auf uns nicht geändert, sondern es begann ein [unseliges Pinkwashing](#), was uns zusätzlich verletzt hat.

Mir ist klar, dass überregionale Vertreter*innen Ihrer Partei wenig Einflussmöglichkeiten auf die Ortsvereine haben, selbst wenn diese sich weit entfernt vom Markenkern Ihrer Partei bewegen und das ist in vielen gesellschaftspolitischen Fragen in Soest sicherlich der Fall. Gerade in der letzten Woche hat Frau Richter z.B. [öffentlich gefordert](#), dass die soziale Verhaltensweisen und Traditionen von Migranten untersucht werden sollen, weil es „Hinweise darauf gäbe“, dass diese sich stärker mit Covid 19 infizierten. Das zeigt nicht zuletzt, dass die rassistischen Ausfälle gegen meine Lebensgefährtin durchaus kein Ausreißer waren. Es erstaunt mich aber, dass Persönlichkeiten mit solchen Ansichten zur Bürgermeisterkandidatin und Fraktionsvorsitzenden gemacht werden und das zu guten Wahlergebnissen führt.

Ich war nach diesen Vorgängen für viele Monate krank, mit einer reaktiven Depression, mit einem außer Kontrolle geratenen Hormonhaushalt und einer entzündeten Schleimhaut in Magen und Speiseröhre. Ich bin mittlerweile körperlich wieder gesund, meine Karriere und meine wirtschaftliche Existenz sind aber zerstört. Meine Lebensgefährtin war fast über die gesamte Zeit in Soest depressiv und ich bin mehr als einmal nach Hause gefahren und hatte Angst, dass sie sich etwas angetan hatte. Für uns ist es immer noch unbegreiflich, dass es im 21. Jahrhundert möglich ist, dass eine ganze Stadt (Rat und Presse) mitmacht oder zumindest zuschaut, wenn durch Frauenfeindlichkeit, Homophobie und Rassismus zwei Menschen gesundheitlich und wirtschaftlich kaputt gemacht werden – und anschließend die gleichen Personen, die an vorderster Front mitgemacht haben, auch noch [die Liebe eines homosexuellen Paares feiern](#).

Ich habe mittlerweile anhand von Studien zu gruppenspezifischen Diskriminierungsformen aufgearbeitet, was passiert ist und dies in facebook-Posts veröffentlicht. Mir ist dabei erst so richtig deutlich geworden, wie systematisch und beispielhaft die Diskriminierung war – wie aus dem Lehrbuch. Während meiner Amtszeit hatte ich alles heruntergespielt (Feierabendpolitiker sind halt unprofessionell und verstehen oft nicht, was sie tun oder „das haben sie nicht so gemeint“ oder „die müssen sich erst gewöhnen“). Vielleicht hilft diese Aufarbeitung ja anderen, die Anzeichen früher zu erkennen, als ich das getan habe. Deshalb habe ich Ihnen die Zusammenstellung dieser Posts in chronologischer Reihenfolge beigelegt.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

From: RAin Claudia Nassibulin <cn@cnlegal.de>

Sent: Monday, August 22, 2022 7:28 PM

To: 'ricarda.lang@bundestag.de' <ricarda.lang@bundestag.de>; 'omid.nouripour@bundestag.de' <omid.nouripour@bundestag.de>; 'Yazgulu.Zeybek@gruene-wuppertal.de' <Yazgulu.Zeybek@gruene-wuppertal.de>; 'tim.achtermeyer@gruene-bonn.de' <tim.achtermeyer@gruene-bonn.de>

Cc: 'josefine.paul@landtag.nrw.de' <josefine.paul@landtag.nrw.de>; 'mona.neubaur@landtag.nrw.de' <mona.neubaur@landtag.nrw.de>; 'britta.hasselmann@bundestag.de' <britta.hasselmann@bundestag.de>; 'poststelle@ads.bund.de' <poststelle@ads.bund.de>; 'claudia.roth@bundestag.de' <claudia.roth@bundestag.de>

Subject: Eine Strafanzeige gegen Mitglieder des Grünen OV Soest und ihre Folgen für die Amtsträger im Bund und in NRW

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich vertrete Frau Stadtplanerin Prof. Dr. Monika Dobberstein, die vom 01.09.2016 bis zum 03.07.2020 Allein-Geschäftsführerin der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH war. Den Lebenslauf meiner Mandantin können Sie unter folgendem Link einsehen www.dobberstein-real-estate.com. Sie werden feststellen, dass Frau Prof. Dr. Dobberstein zu den profiliertesten deutschen Stadtplaner*innen gehört und die immobilienwirtschaftliche Forschung in Deutschland mit ihrer praxisrelevanten Forschung zum Thema „Immobilie + Stadt“ maßgeblich geprägt hat. Bereits mit 34 Jahren erhielt sie deshalb einen Ruf auf den Lehrstuhl für Gewerbeplanung und Wirtschaftsförderung der TU Hamburg-Harburg.

In Soest führte sie die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Soest und sie erzielte dabei herausragende Ergebnisse. So wurde unter ihrer Ägide die „verschlufte“, unter ihrem Vorgänger altväterlich verwaltete klassische Wirtschaftsförderungsgesellschaft ein modernes, schlagkräftiges Unternehmen, das zu 80 % in der Flächenentwicklung agierte. Unter ihrer Ägide stieg auch der Umsatz von gut 2 Mio. € auf zuletzt 15,6 Mio. € an. Ihre Leistungsbilanz kann auf ca. 13,4 Mio. € zugunsten des Konzerns Stadt Soest beziffert werden.

Was dann im Rahmen ihrer anstehenden Wiederwahl zur Geschäftsführerin der WMS geschah, hat meine Mandantin Ihnen bereits wie folgt, in aller Kürze, geschildert:



Ich habe **Strafanzeige** gegen den **Soester Bürgermeister** erstattet, wegen **Verleumdung** und **versuchten Prozessbetruges**.

Durch planvolle und zielgerichtete Lügen gelang es dem Soester Bürgermeister, meine Wiederwahl als Geschäftsführerin einer kommunalen Gesellschaft zu verhindern - trotz meiner herausragenden Leistungsbilanz.

Diese Lügen bedienten die Stereotype des Mannweibes und der Kampflesbe - aggressiv, nicht bürgerlich, proletenhaft.

Als meine Nichtwiederwahl und die Verleumdungen an die Presse durchgestochen wurden, sah ich mich gezwungen, der Presse zuvor zu kommen und sagte in einem differenzierten Interview u.a., dass ich überzeugt sei, dass bei dieser Nichtwiederwahl auch Misogynie und Homophobie eine gewichtige Rolle gespielt hatten.

Daraufhin kündigte mir der Stadtrat fristlos: dies sei eine boshafte, ehrverletzende Beleidigung.

Das Landgericht hat meine Klage gegen die Kündigung abgewiesen, ohne die Lügen des Bürgermeisters auch nur zu erwähnen, geschweige denn in die Abwägung einzubeziehen.

Die Staatsanwaltschaft versucht, das Strafverfahren gegen den Bürgermeister und die Aufsichtsratsmitglieder immer wieder einzustellen.

So wurden die Lügen vor Gericht bisher nicht festgestellt und der Bürgermeister ist vor politischen und rechtlichen Konsequenzen geschützt.

Der Soester Anzeiger (Ippen-Gruppe) machte am Tag nach meinem inkriminierten Interview die Narrative der Täter-Opfer-Umkehr des Bürgermeisters und seines Umfeldes zum Mittelpunkt der Berichterstattung - wohl wissend, dass diese falsch waren - und schweigt bis heute über die bewiesenen Lügen des Bürgermeisters aus der Nichtwiedewahlkampagne.

Jeder Versuch, mit dem Aufsichtsrat ins Gespräch zu kommen, jeder Vorschlag, in eine Mediation zu gehen, verhallen ohne Antwort.

Die ganze Geschichte finden Sie hier: <https://www.dobberstein-real-estate.com/soest/>

Diese Affäre ist längst kein Skandal mehr, der auf ein westfälisches Provinzstädtchen begrenzt ist und sie ist im Übrigen auch keine Angelegenheit, die exklusiv die westfälische CDU betrafte, denn es haben die Fraktionsvorsitzende der Soester Grünen im Rat der Stadt Soest, Anne Richter, und mindestens das Ehepaar Liedmann (beide Ratsmitglieder) bei dem Kesseltreiben gegen meine Mandantin, das zur Zerstörung ihrer Karriere und ihrer wirtschaftlichen Existenz geführt hat, wesentliche Rollen gespielt.

Der Skandal bedroht auch längst viele Ihrer hochrangigen Parteimitglieder und Amtsträger. **Britta Haßelmann, Mona Neubaur, Josefine Paul, Dr. Benjamin Limbach, Sven Lehmann, Ricarda Lang, Omid Nouripour, Annalena Baerbock, Robert Habeck und Claudia Roth**, sie alle hat meine Mandantin immer wieder um Hilfe gebeten, ohne dass ihr diese Hilfe gewährt wurde.

Meiner Mandantin, die seit 2005 auch meine Lebensgefährtin ist, gelang und gelingt es offenkundig leider nicht, mit ihren Hilferufen Ihre Aufmerksamkeitsschwelle zu überschreiten. Dabei zeigt gerade die aktuelle MeToo-Debatte bei der Linken sehr deutlich, **welche Sprengkraft solche Skandale** entwickeln können. Deshalb wende ich mich heute an Sie mit der dringenden Bitte, diese Email und die beiliegenden Schriftstücke zu lesen, bevor diese Ihnen öffentlichkeitswirksam gleichsam um die Ohren fliegen.

Meine Mandantin hat in den vergangenen zwei Jahren sehr viel Rücksicht auf Ihre Partei genommen. Sie hat sich zwar mit ihrer Geschichte an die Öffentlichkeit gewandt, aber immer nur den Bürgermeister (CDU) mit Vorwürfen überzogen. Sie hat bisher nicht öffentlich geschildert,

- welches ungeheure Ausmaß an Misogynie, Homophobie und Rassismus von den Fraktionsmitgliedern Ihrer Partei in Soest ausgegangen ist und
- dass sie von den Parteispitzen in Düsseldorf und Berlin nicht nur bisher keine Hilfe erhalten hat, sondern diese Parteispitzen die Soester Fraktion- und hier in Sonderheit die Fraktionsvorsitzende und das Ehepaar Liedmann- weiterhin unbehelligt agieren lassen.

Diese Rücksichtnahme ist meiner Mandantin - das werden Sie verstehen - nicht unbegrenzt möglich, zumal Ihre Partei nunmehr sowohl im Bund als auch in NRW Regierungsverantwortung hat und in NRW neben dem Gleichstellungs- auch das Justizressort besetzt und damit direkt involviert ist.

Meine Mandantin hat ohne eigenes Verschulden, aber durch aktives Zutun der Soester Grünen-Fraktion alles verloren, wofür sie mehr als 35 Jahre gearbeitet hat: Ihre Reputation am Markt, ihre Gesundheit und ihre wirtschaftliche Existenz. Sie hat bisher darauf verzichtet, den Tatbeitrag der Soester Grünen öffentlich zu benennen, weil sie sich erhoffte, doch noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu haben. Wir haben aber objektiven Anhalt dafür, dass es auch Mitglieder Ihrer Partei sind, die die Chancen meiner Mandantin auf dem Arbeitsmarkt durch Fortsetzung der homophoben und misogynen Narrative aus der Nichtwiederwahlkampagne zunichtemachen - und hier in Sonderheit die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Rat der Stadt Soest. Je auswegloser die berufliche Situation meiner Mandantin aber ist, desto mehr ist sie gezwungen, die Verleumdungen und ihre Urheber öffentlich zu benennen.

Meine Mandantin/ Lebensgefährtin möchte Ihnen nicht drohen, ganz im Gegenteil. Sie möchte Sie zum wiederholten Male um Hilfe bitten und gleichzeitig aufmerksam machen, dass dieser Skandal eine Gefahr auch für Ihre Parteispitzen und Amtsträger in Berlin und Düsseldorf darstellt.

Bitte lesen Sie doch **in Ihrem eigenen Interesse** was ich Ihnen im Folgenden schildere sowie die beigefügten Schreiben bzw. Schriftsätze.

1. Der Anteil von Bündnis 90/ Die Grünen:

- Fast alles, was wir vor Gericht über misogyne, homophobe und rassistische Diskriminierungen vorgetragen haben, war durch Fraktionsmitglieder von Bündnis 90/ Die Grünen verursacht, insbesondere von Anne Richter, der Fraktionsvorsitzenden und Bürgermeisterkandidatin 2020. Zum besseren Verständnis habe ich dieser Email das Homophobie-Kapitel sowie die Exposition aus unserer mehr als 160 -seitigen Replik auf die Klageerwiderung der WMS im Rahmen des Rechtsstreits vor dem Landgericht Arnsberg beigefügt; daraus können sie entnehmen, dass die Homophobie und die Misogynie, aber auch der Rassismus, mit dem meine Mandantin und ich als Paar in Soest überzogen wurden, wesentlich vom Ortsverband der Grünen getragen wurden und so das ganze Weltbild dieses Ortsverbandes und seiner Schlüsselakteur*innen offen gelegt wird.

Gehen Sie bitte davon aus, dass das, was dort geschildert wird, sich genauso zugetragen hat – auch wenn die Soester Fraktionsmitglieder dies Ihnen gegenüber bestreiten und sich dabei darauf berufen, dass sie mit Jutta Maybaum eine angeblich offen lesbisch lebende Frau in ihren Reihen haben und deshalb nicht homophob sein können. Zur unseligen Rolle von Jutta Maybaum möchte ich mich an dieser Stelle nicht äußern, denn dies würde den Rahmen dieser Email erheblich sprengen.

Ich selbst habe vor Gericht zwei Versicherungen an Eides Statt über Gespräche mit Fraktionsmitgliedern Ihrer Partei abgegeben, die dieser Email als Anlage zum Homophobie-Kapitel der Replik auf die Klageschrift beiliegen. Wären diese Versicherungen an Eides Statt falsch, hätte ich meine eigene Zulassung als Rechtsanwältin gefährdet. Meiner Darstellung wurde im Verfahren nicht widersprochen, es wurden keine gegenteiligen Versicherungen an Eides Statt von Anne Richter und Karin Liedmann abgegeben und es wurde auch keine Strafanzeige wegen falscher eidesstattlicher Versicherung erstattet.

Sie dürfen also davon ausgehen, dass der Wahrheit entspricht, was dort geschildert wird.

siehe Anlage: Zivilprozess_Einleitung_Homophobie

- Bündnis 90/ Die Grünen haben den Kündigungsgrund der ersten fristlosen Kündigung vom 03.07.2020 mitgetragen, nämlich dass die Äußerung meiner Mandantin, auch Misogynie und Homophobie hätten eine Rolle bei ihrer Nichtwiederwahl gespielt, eine „böartige, ehrverletzende Beleidigung“ sei.
- Die Aufnahme von Verhandlungen über einen Auflösungsvertrag war an die Bedingung geknüpft, dass sich meine Mandantin für ihre Misogynie- und Homophobievorwürfe entschuldigte und sich so der Lächerlichkeit und weiterer Demütigungen durch die Soester Politik preisgegeben hätte. Weiterhin wurden ihr die Nennung des Kündigungsgrundes, ein Zeugnis und die Auszahlung von Urlaubs- und Überstundenansprüchen verweigert. So wurde sie unter dem AR-Vorsitz von Anne Richter in die gerichtliche Auseinandersetzung getrieben.
- Als Aufsichtsratsvorsitzende war Anne Richter nach dem Gesellschaftsvertrag auch die Vertreterin der WMS im Verfahren vor dem Landgericht Arnsberg. Sie ist deshalb in besonderem Maße für die Klageerwiderung verantwortlich, die voll ist von misogynen, homophoben und rassistischen Narrativen. In dieser Klageerwiderung legen die Schlüsselakteur*innen auf Seiten der Beklagten - zu denen auch Ihre Parteikollegin Richter als Aufsichtsratsvorsitzende zu zählen ist - aber auch offen, mit welchen falschen Tatsachenbehauptungen die Nichtwiederwahl meiner Mandantin betrieben worden war. Diese diffamierenden falschen Tatsachenbehauptungen wurden in der Klageerwiderung zum einen als Gründe für die Nichtwiederwahl meiner Mandantin ausgewiesen und zum anderen auch deshalb reproduziert, um das Gericht gegen unsere Mandantin einzunehmen. Wir haben deshalb Strafanzeige wegen Verleumdung und versuchten Prozessbetruges gegen den Bürgermeister und die Mitglieder des Aufsichtsrates (insbesondere gegen Ihre Parteikollegin Richter als seiner Vorsitzenden) erstattet.

siehe Anlage: Strafanzeige_Generalstaatsanwaltschaft

- Als meine Mandantin durch die Klageerwiderung erfuhr, mit welchen Lügen der Bürgermeister und ggf. weitere (Aufsichtsrats)Mitglieder aus seinem Umfeld ihre Nichtwiederwahl betrieben hatten und sie diese Narrative als Lügen entlarvte, da betrieb der Bürgermeister eine weitere fristlose Kündigung (Juni 2021) und erneut stimmten Bündnis 90/ Die Grünen dieser Kündigung zu statt den Bürgermeister für seine Lügen zur Verantwortung zu ziehen.
- Nach 21 Monaten hat der Aufsichtsrat nun endlich ein Zeugnis vorgelegt (21.03.2022), das alleine von Ihrer Parteikollegin Richter unterzeichnet wurde und das sie mit ihrer Unterschrift – die sie auch hätte verweigern können- vollinhaltlich verantwortet. Dieses sog. Zeugnis kann man allerdings nur als Rufmord, als Hinrichtung betrachten! Es wurden eine ganze Reihe von Leistungen aus dem diesseitigen Entwurf vom 07.12.2020 (der Aufsichtsratsvorsitzenden Richter per Email noch am gleichen Tage zugeleitet) gestrichen, die meine Mandantin nachweislich erbracht hat, darunter auch und gerade wahre Sternstunden der Amtszeit meiner Mandantin. Die verbleibenden Leistungen wurden kleingeredet, indem nahezu alle Quantifizierungen entfernt wurden und damit der Maßstab zur Bewertung Leistungen fehlt. Außerdem scheint wieder das Narrativ der aggressiven Frau durch, mit dem die größten Erfolge meiner Mandantin gegen sie gewendet werden. Dieses Zeugnis ist nichts weniger als ein struktureller Gewaltexzess und setzt die misogynen und homophoben Narrative aus der Nichtwiederwahlkampagne und der Klageerwiderung fort.

siehe Anlage: Außergerichtlich_Zeugnis_Urlaub_Ohne

2. Als erstes hat meine Mandantin/ Lebensgefährtin Britta Haßelmann um Hilfe gebeten, die einen Besuch in Soest zur Unterstützung des Wahlkampfes von Anne(liese) Richter angekündigt hatte. Kurz darauf – im Kommunalwahlkampf 2020 - fuhr Britta Haßelmann tatsächlich nach Soest, woraufhin auf der FB-Seite der Soester Grünen folgender Post veröffentlicht wurde, den Britta Haßelmann - als einzige, wohlgemerkt -

kommentierte.



Es spricht deshalb einiges dafür, dass Britta Haßelmann die damalige Bürgermeisterkandidatin Anne Richter zu diesem Post motiviert hat [Anmerkung: auch die Likes kamen weit überwiegend aus dem Wahlkreis von Frau Hasselmann].

Dieser Post ist reines Pink-Washing einer Kandidatin, die sich über die gesamte Amtszeit meiner Mandantin hinweg vor allem durch übelstes homophobes Verhalten und entsprechende Äußerungen, durch Misogynie und – da ich keinen deutschen Nachnamen habe und sie auf der Grundlage dieser Tatsache mutmaßte, ich sei „Ausländerin“ mit einem slawischen Migrationshintergrund - Rassismus hervorgetan hat. Unsere Liebe hat sie nicht gefeiert, sie konnte sich noch nicht einmal dazu durchringen, unsere langjährige Beziehung zu respektieren. Dass Britta Hasselmann diese Frau geschützt hat, dass sie also die Täterin schützte und nicht dem Opfer half, disqualifiziert ihre Bemühungen als Vorsitzende der Bundestagsfraktion, sich zum „ally“ der queeren Community zu stilisieren, als bloße Heuchelei.

Die Politik von Bündnis 90/ Die Grünen in Soest änderte sich nicht, im Gegenteil: nach der Kommunalwahl 2020 übernahm Anne Richter den Vorsitz im Aufsichtsrat der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH und ist seitdem in besonderem Maße für all das verantwortlich, was seitdem geschah, insbesondere auch für die Lügen aus der Klageerwiderung, die aktuell Gegenstand des Strafverfahrens sind.

Britta Haßelmann hat hier also eine offene Flanke, die ihre politische Karriere gefährdet.

3. Meine Mandantin hat auch immer wieder die Spitzen Ihrer Partei auf Landes- und auf Bundesebene um Hilfe gebeten. Auch ich habe mich bereits Ende 2020 an Frau Neubaur gewandt mit der dringenden Bitte, die Grünen in Soest und hier in Sonderheit Anne Richter „auf Linie“ zu bringen. Unter den grünen Spitzenpolitikern, die meine Mandantin um Hilfe bat, war auch mehrfach Josefine Paul in ihrer Funktion als queerpolitische Sprecherin in der Düsseldorfer Parteispitze. Soweit für meine Mandantin/ Lebensgefährtin erkennbar, haben weder die Parteispitzen, noch Josefine Paul irgendetwas unternommen. Jedenfalls sind die Soester Fraktionsmitglieder weiter im Amt und dürfen bis heute ihr misogynen, homophoben und rassistischen Treiben fortsetzen (siehe Anlage: Außergerichtlich_Zeugnis_Urlaub).

Nun wurde die einstige queerpolitische Sprecherin Josefine Paul Integrations- und Gleichstellungsministerin in NRW und setzt flagrant eine Kampagne auf mit dem ebenso wohlfeilen wie eingängigen Slogan:



Der Fall meiner Mandantin indes beweist, dass in NRW durchaus viel Platz für Homophobie und Rassismus ist und auch Ihre Partei Homophobie und Rassismus in den eigenen Reihen Raum gibt. Man übt sich lieber im Pinkwashing homophober bzw. rassistischer Mitglieder anstatt diese durch Parteiordnungsmaßnahmen zur Verantwortung ziehen und damit die Opfer zu schützen. Dies entlarvt die Kampagne der bemühten Integrations- und Gleichstellungsministerin Paul als Heuchelei.

Mindestens die Ministerin Josefine Paul, aber auch die heutige Ministerin und damalige Parteivorsitzende Mona Neubaur haben hier eine offene Flanke, die ihre Ämter gefährdet.

4. Meine Mandantin/ Lebensgefährtin hat nun Anfang August 2021 Strafanzeige wegen Verleumdung und versuchten Prozessbetruges erstattet (siehe Anlage: Strafanzeige_Generalstaatsanwaltschaft) gegen den Soester Bürgermeister (CDU), der auch Präsident des Städte -und Gemeindebundes NRW ist, sowie gegen die Mitglieder des Aufsichtsrates der WMS, wobei Anne Richter -wie bereits geschildert- besonders im Fokus steht, weil sie im Zivilprozess in Gemäßheit mit dem Gesellschaftsvertrag der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH die Vertreterin der Beklagten war und deshalb besondere Verantwortung für die Klageerwidern trägt, in der die zur Anzeige gebrachten falschen Tatsachenbehauptungen zum Nachteil meiner Mandantin vorgetragen wurden.

Die Staatsanwaltschaft Arnsberg hat – erwartungskonform - zwei Mal versucht, das Verfahren mit abstrusen Begründungen einzustellen. Nun verschleppt die Generalstaatsanwaltschaft unseren Einspruch gegen die letzte Einstellung seit dem 16.11.2021.

Dr. Limbach als neuer NRW-Justizminister hat dieses Verfahren nach der Landtagswahl von seinem CDU-Vorgänger Biesenbach gleichsam geerbt. Es ist nun an ihm zu entscheiden, ob er öffentliche Klage wegen der bewiesenen Verleumdungen zum Nachteil meiner Mandantin erheben oder aber die einstellungswillige Staatsanwaltschaft Arnsberg gewähren lässt, um seine Parteikollegen in Soest, aber auch in Düsseldorf und Berlin sowie seinen Koalitionspartner zu schützen. Letzteres käme nach unserem Dafürhalten einer Rechtsbeugung gleich und wäre ein politischer Skandal ersten Ranges für die Regierungskoalition in NRW.

5. Meine Mandantin hat sich kürzlich auch an Ferda Ataman gewandt und sie gebeten, informell mit Ihnen zu sprechen.

Aus ihrem Apparat erhielt sie schließlich folgende skandalöse Antwort:

„Wir möchten keineswegs ausschließen, dass Sie sich diskriminiert fühlen und können auch verstehen, wie belastend das alles für Sie ist.“

und ihr wurde im Übrigen erklärt, dass die Antidiskriminierungsstelle ihr nicht helfen könne. Meine Mandantin hat Frau Ataman daraufhin in verschiedenen Emails u.a. folgendes geschrieben:

„Es sind doch Ihre politischen Freunde, mit denen ich Sie bitte, informelle Gespräche zu führen. Es sind

diejenigen, die Sie ins Amt gebracht haben. Wenn diese Personen nicht bereit sind, Diskriminierung in ihren eigenen Reihen zu bekämpfen, wenn sie sogar bereit sind, das Recht zu beugen, um die Täter*innen in ihren eigenen Reihen zu schützen, dann ist Ihre Antidiskriminierungsstelle ein Feigenblatt, eine Farce, Heuchelei.“

„Kommen Sie, wenn Sie das letzte Schreiben aus Ihrem Haus lesen, nicht selbst auf die Idee, dass Ihre Antidiskriminierungsstelle nur dazu benutzt wird, Diskriminierung zu verwalten und wegzudiskutieren?

Kommen Sie nicht selbst auf die Idee, von der Politik als Token missbraucht zu werden?

Es tut mir Leid, dass ich Sie mit meiner Geschichte gleich in die Bredouille bringe. Aber meine Geschichte ist der Lacmüstest für Ihr Haus und Ihre Position!!!“

Kommen Sie nicht ihrerseits auf die Idee, dass Ihre Entscheidung, homophobe und rassistische Funktionsträger Ihrer Partei wie die Soester Fraktionsvorsitzende Richter mit vereinten Kräften zu schützen statt sie mit Parteiordnungsmaßnahmen zu überziehen, aus der unabhängigen Antidiskriminierungsbeauftragten ein abhängiges Token macht? Die Opfer von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verdienen aber eine starke und schlagkräftige Antidiskriminierungsstelle, die zu jeder Zeit gegenüber jedem*r die Stimme erheben und für die Opfer Partei ergreifen kann.

In jedem Fall hat auch Frau Ataman eine offene Flanke, die ihr Amt gefährdet.

6. Zuletzt gibt es noch eine weitere Geschichte unabhängig von Soest, sie spielt in Köln, der Stadt, die angeblich so stolz auf ihre queere Community ist und in der Ihre Partei die stärkste Fraktion stellt.

Dort hatte meine Mandantin/ Lebensgefährtin sich auf das „Zukunftsdezernat“ IX Stadtentwicklung, Digitalisierung und regionale Zusammenarbeit beworben. Henriette Reker vermittelte meiner Mandantin/ Lebensgefährtin während des gesamten Vorstellungsgesprächs verbal und non-verbal, dass sie von ihr begeistert war. Dann jedoch kam die Absage und die Personalchefin verhielt sich am Telefon auf Nachfragen meiner Mandantin so unprofessionell, dass meine Mandantin/ Lebensgefährtin erstmals in ihrer Laufbahn beschloss, Akteneinsicht zu beantragen. Bei Einsichtnahmen in die Bestzungsakte stellte sich heraus, dass das Protokoll des Vorstellungsgesprächs meiner Mandantin mit Henriette Reker vom ersten bis zum letzten Satz erlogen war:

- die Qualifikationen und Erfahrungen meiner Mandantin/ Lebensgefährtin (Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung, Change-Management, Steuerung von Großprojekten der Stadtentwicklung, Verhandlungsstärke, Gremienerfahrung, moderne Mitarbeiter*innenführung) wurden fast vollständig einfach weggelassen, obwohl oder gerade weil sie den Erfahrungen und Kenntnissen des mittlerweile gewählten Kandidaten Andree Haack weit überlegen waren;
- Es wurde behauptet, die Selbstpräsentation meiner Mandantin/ Lebensgefährtin im Vorstellungsgespräch sei unstrukturiert und ohne Schwerpunktsetzung gewesen, sie hätte Leitfragen überwiegend nicht beantwortet und hätte sich nicht ausdrücken können. Das sind falsche Tatsachenbehauptungen, die meine Mandantin/ Lebensgefährtin zudem als Verleumdungen betrachtet. Der Blick in die Präsentationsfolien zeigt, dass die Präsentation meiner Mandantin/ Lebensgefährtin als einzige der Struktur der vorgegebenen Leitfragen folgte. Zudem hat die Oberbürgermeisterin meine Mandantin/ Lebensgefährtin während ihrer Präsentation sogar unterbrochen, um von sich aus zu loben, wie gut sie erklären könne, nur um dann protokollieren zu lassen, dass sie sich nicht ausdrücken könne.

Die Präsentationsfolien von Andree Haack, dem mittlerweile gewählten Kandidaten, sind hingegen eine chronologische Aneinanderreihung von Projekten, weisen darüber hinaus keinerlei Struktur und keine Schwerpunktsetzung auf und die vorgegebenen Leitfragen wurden fast ausnahmslos nicht einmal thematisiert. Erschwerend kommt hinzu, dass die Verantwortung für die Großprojekte der Stadtentwicklung, die im Zentrum seiner Selbstpräsentation standen, nicht in seinem Haus lagen, d.h. sie wurden nicht von ihm verantwortet, gesteuert und umgesetzt – es waren nicht seine Projekte. Hinzu kommt, dass diese Projekte bisher überhaupt nicht umgesetzt sind, sondern sich noch im Planungsstadium befinden.

- Das strukturierte Interview wurde insgesamt fehlerhaft durchgeführt. Vorbereitete Fragen wurden meiner Mandantin/ Lebensgefährtin überhaupt nicht gestellt, andere angeblich zusammenfasst und wieder andere anders als protokolliert gestellt und dadurch mit einem anderen Spin versehen. Es wurden sogar Antworten protokolliert, die sie nicht gegeben hatte und bei anderen Antworten wurde ihr eine kindliche Sprache in den Mund gelegt, um sie als unprofessionell und wenig eloquent erscheinen zu lassen. Damit fehlte es an der objektiven Vergleichbarkeit der von den Bewerbern erbrachten Interviewleistungen, die herzustellen gerade Sinn und Zweck eines strukturierten Interviews ist. Das strukturierte Interview im Besetzungsverfahren für das Dezernat IX ist deshalb ist deshalb vollkommen wertlos.

Zudem hat das Protokoll und die Bewertung der Leistungen meiner Mandantin/ Lebensgefährtin wenig bis nichts mit den Leistungen meiner Mandantin/ Lebensgefährtin im Bewerbungsgespräch zu tun, ihre Antworten wurden willkürlich schlecht bewertet, während die Antworten insbesondere von Andree Haack unbegründet hoch bewertet wurden.

- Die drei Herren, die neben meiner Mandantin/ Lebensgefährtin zum Vorstellungsgespräch eingeladen waren, haben ferner keinerlei Gender- und interkulturelle Kompetenz, die aber in der Ausschreibung ausdrücklich gefordert worden war. Ihre Antworten auf diesen Fragenkomplex waren - jedenfalls laut Protokoll - zum Teil sogar hoch problematisch und zeigen, dass sie Menschen mit Behinderung, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, PoCs, Menschen mit slawischen, afrikanischen und asiatischen Wurzeln, Menschen mit Aufstiegs Geschichte, Menschen der queeren Community, Juden, Moslems, etc. gerade nicht auf Augenhöhe begegnen. Diversity begreifen sie als Pflichtübung für die untersten Hierarchiestufen (teilzeitarbeitende Frauen, Migranten mit schlechter Ausbildung, geistig Behinderte), aber gerade nicht als ökonomischen Erfolgsfaktor. Trotzdem erhielten sie für ihre defizitären, rückständigen Antworten hohe Punktzahlen und meine Mandantin/ Lebensgefährtin, eine offen lesbische lebende Frau mit erheblicher direkter und indirekter misogyner, homophober und rassistischer Diskriminierungserfahrung, die sich öffentlich mit diesen Erfahrungen auseinandergesetzt und damit gezeigt hat, dass sie sich mit vielfältigen Diskriminierungsformen auch theoriesicher auskennt, die glaubhaft vertreten kann, dass ihr Diversity ein großes Anliegen ist und die als einzige Diversity nicht als Pflichtübung, sondern als bedeutenden wirtschaftlichen Erfolgsfaktor bewertet hat, eine sehr niedrige.

siehe Anlage: Köln_Bewerbungsverfahren

Aber trotz vollumfänglicher Kenntnis von der Rechtswidrigkeit des Verfahrens, trotz der Gefahr, dass der Fraktion das Besetzungsverfahren in ihrem Zukunftsdezernat wegen des erlogenen Protokolls zum dritten Mal um die Ohren fliegt und trotz der Gefahr eines erheblichen Vertrauensverlustes zwischen der Verwaltung/ Politik auf der einen Seite und der LGBTIQ+-Community auf der anderen Seite, hat auch die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen den CDU-Kandidaten gewählt.

Und auch wenn das Motiv, meine Mandantin/ Lebensgefährtin systematisch auf den letzten Platz zu schreiben, vermutlich nicht Misogynie und Homophobie war, sondern mit überwiegender Wahrscheinlichkeit darin begründet lag, den Zielkandidaten der CDU durchzusetzen, dann bleibt im Ergebnis doch, dass die Kölner Fraktion der Grünen trotz ihrer zahlreichen Bekenntnisse zu Diversity einen biodeutschen, heterosexuellen CIS-Mann ohne Behinderung, aber mit einer stromlinienförmigen Verwaltungs- bzw. Verbands-Karriere durchgesetzt hat, indem sie eine herausragend qualifizierte, offen lesbisch lebende Frau mit vielfältigen Erfahrungen und Erfolgen zielgerichtet abgewertet hat, um so zu verhindern, dass sie sich als Leistungsbeste durchsetzt.

Und noch etwas fällt auf: In der Woche der erneuten Wahl des CDU-Kandidaten Andree Haack zum Beigeordneten für das Dezernat IX bewilligte der Stadtrat 200.000 € für eine Kampagne, die die Sichtbarkeit der queeren Community verbessern soll. Ist das der Lohn der Kölner Grünen dafür, dass die Fraktion weggeschaut hat, als man meine Mandantin zugunsten des Kandidaten Haack in Grund und Boden geschrieben hat? Selbst wenn hier die zeitliche Abfolge Zufall sein sollte und sich die Fraktion den Verzicht auf die Sichtbarkeit der queeren Community durch eine offen lesbisch lebende Dezernentin nicht mit 200.000 € für eine Kampagne zugunsten der LSBTIQ-Community hat bezahlen lassen, dann ist es absurd und diskreditiert auch die Kölner Fraktion, wenn sie diese Mittelvergabe feiert, aber gleichzeitig dafür sorgt, dass

Henriette Reker im Verwaltungsvorstand der Stadt nicht mit queerer Sichtbarkeit konfrontiert wird und queere Sichtbarkeit auf die unteren Hierarchie-Ebenen beschränkt bleibt. Denn durch eine offen lesbisch lebende Dezernentin im Zukunftsdezernat IX wäre die Sichtbarkeit queeren Lebens und in Sonderheit die Sichtbarkeit von lesbischen Frauen um so viel mehr erhöht worden als durch jede Kampagne – und das ganz ohne 200.000 €.

Grüne Fraktion Köln @GrueneKoelnRat · May 13

Am Donnerstag hat die Kölner Politik im Sozialausschuss 200.000 Euro für den Aktionsplan zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Köln freigegeben – für den hatten wir GRÜNEN uns stark eingesetzt. 🇪🇺

ratsinformation.stadt-koeln.de/vo0060.asp?_k...

1/2



15 12 65

Grüne Fraktion Köln @GrueneKoelnRat · May 13

Mit dem Aktionsplan sollen die gesellschaftl. Akzeptanz & die Chance auf eine diskriminierungsfreie Teilhabe von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen in Köln gefördert werden. Z.B. durch Schulungen und Infokampagnen. #LSBTIQ* 🇪🇺🇩🇪

2/2



Floris 🇪🇺🇩🇪

2 10

In der gleichen Woche, in der die Kölner Fraktion duldet, dass eine hochqualifizierte, offen lesbisch lebende Frau durch ein erlogenenes Protokoll so niedergeschrieben wird, dass sie sich nicht als Leistungsbeste durchsetzt, postet also Floris Rudoph – übrigens Mitarbeiter der Stadt Köln und damit weisungsgebunden an die Oberbürgermeisterin -, dass die Kölner Fraktion keine Ausgrenzung und Diskriminierung von LSBTIQ duldet. Finden Sie das nicht auch widerwärtig? In jedem Fall hat auch Ihre so prominente und gefeierte Fraktion in Köln eine offene Flanke – genau wie Britta Haßelmann, Josefine Paul, Ferda Ataman, Dr. Benjamin Limbach und alle anderen in der Parteispitze in Berlin und Düsseldorf.

Gegebenenfalls hat sich die Ratsfraktion der Kölner Grünen aber auch von den Vorgängen in Soest davon abschrecken lassen, für meine Mandantin einzutreten. Ich halte dies nicht für unwahrscheinlich. Umso wichtiger wäre es, dass endlich diejenigen Soester Kommunalpolitiker*innen, die die Lügen- und Diffamierungskampagne, mittels derer meine Mandantin trotz herausragender Leistungen aus dem Amt gedrängt wurde, initiiert, mitgetragen und - wider besseres Wissen - verteidigt haben, öffentlich zur Verantwortung gezogen werden. Denn nur so hat meine Mandantin noch eine Zukunftsperspektive und nur so kann sie ihre vielfältigen Kenntnisse und Erfahrungen noch zum Wohle der Gesellschaft einsetzen. Denn eines ist klar: Indem Ihre Parteikolleg*innen in Soest daran mitwirken, dass meiner Mandantin jede Zukunft genommen und ihre wirtschaftliche Existenz vernichtet wird, vernichten sie nicht nur mindestens ein Leben, sie vernichten auch Humankapital, das diese Gesellschaft - die am Mehltau des Konservatismus der Merkel-Ära beinahe erstickt - für ihre ökonomische und gesellschaftspolitische Erneuerung dringend braucht.

Wie geschildert hat sich Ihre Partei im Fall meiner Mandantin/ Lebensgefährtin vielfältige offene Flanken geschaffen und damit prominente Amtsträger dem Vorwurf der Heuchelei ausgesetzt. So kann die Geschichte meiner Mandantin/ Lebensgefährtin das ganze gesellschaftspolitische Modernisierungsprogramm Ihrer Partei im Bund und in NRW gefährden.

Meine Mandantin möchte zu diesem Scheitern gewiss nicht beitragen, viel zu lange hat sie selbst darauf gewartet. Sie können aber nicht von ihr erwarten, dass sie weiter schweigt und sich von Mitgliedern Ihrer Partei zugrunde richten lässt. Ihre Funktions- und Amtsträger*innen müssen endlich etwas tun, um auch meine Mandantin zu schützen!

Ergänzend weise ich darauf hin, dass wir Ihnen aus Gründen der Praktikabilität nur wesentliche Auszüge aus den uns vorliegenden Dokumenten zuleiten. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen die gesamten Dokumente dieser Angelegenheit zur Verfügung zu stellen, damit nicht der Eindruck entsteht, wir betreiben ein „corrigere la fortune“ durch selektive Übersendung von Unterlagen.

Mit freundlichen Grüßen/ Yours sincerely

Claudia Nassibulin MBA
Rechtsanwältin + Wirtschaftsmediatorin

Von: monika.dobberstein@gmx.de <monika.dobberstein@gmx.de>

Gesendet: Samstag, 28. Januar 2023 10:53

An: 'josefine.paul@landtag.nrw.de' <josefine.paul@landtag.nrw.de>

Betreff: dringende Bitte um Hilfe

Sehr geehrte Frau Paul,

Gestern wurde zum ersten Mal der queeren Holocaust-Opfer gedacht, lesbischer Frauen, die als Asoziale in KZs geschickt wurden.

Meine Lebensgefährtin und ich haben aktuell, heute in diesem Land pure Angst!

Wir sind nicht paranoid. Die Gefahr ist real. **Ein Hausanwalt der Stadt Soest hat in dieser Woche bereits mehrfach gedroht, meine Zurechnungsfähigkeit prüfen zu lassen. Seine Schreiben sind rohe Gewalt!** Und wir haben den Eindruck, dass die Soester Fraktion Ihrer Partei das mindestens trägt, wenn nicht sogar mit treibt.

Mein Vergehen: ich behauptete weiterhin, dass der Soester Bürgermeister planvoll und zielgerichtet log, um mich, eine offen lesbisch lebende Frau, trotz meiner herausragenden Leistungen aus dem Amt der Geschäftsführerin einer kommunalen Gesellschaft zu drängen.

Dass ich nicht aufhöre, mich zu wehren, ist die Grundlage des Framings als „Verrückte“. Auch diese Email wird dieses Narrativ nähren. Dennoch bitte ich Sie noch einmal um Hilfe!

Nachdem die Generalstaatsanwaltschaft das Strafverfahren gegen den Bürgermeister et al eingestellt hat, hat er nun offenbar freie Hand, rohe Gewalt walten zu lassen. Das hat Ihr Justizminister sicher nicht beabsichtigt, als die von ihm geführte Generalstaatsanwaltschaft das Verfahren vor knapp 2 Wochen einstellte, obwohl die Beweise für die zur Strafanzeige gebrachten Verleumdungen klar auf dem Tisch lagen.

Frau Paul, das ist doch nicht das Land, das Sie gestalten wollten!

Meine Lebensgefährtin und ich haben an dieses Land geglaubt. Wir haben für unsere Bildung gekämpft und in sie investiert, haben unser Leben lang hart gearbeitet und könnten so viel für dieses Land tun. Stattdessen ist unser Ruf, unsere Karriere und unsere wirtschaftliche Existenz bereits zerstört und nun sollen wir selbst endgültig vernichtet werden, denn der nun eingeschlagene Weg der Soester Politik soll am Ende ja mich in die Psychiatrie bringen. Und weil meine Lebensgefährtin eine Vorsorgevollmacht mit Betreuungsverfügung für mich besitzt, wird es nicht reichen, mich anzugreifen. Im nächsten Schritt muss die Soester Politik auch meine Lebensgefährtin angreifen. Das ist Deutschland 2023, das Land, das Ihre Partei im Bund und im Land regiert.

Wir waren so hoffnungsvoll, als Sie die Regierung im Bund und Land übernommen haben. Aber nun haben wir Angst vor den Institutionen dieses Landes. Wenn wir könnten, würden wir dieses Land innerhalb von Stunden verlassen, aber das können wir nicht. **Deshalb benötigen wir Hilfe!**

Bitte, bitte, lesen Sie den beiliegenden Emailverkehr des Soester Rechtsanwaltes, dann werden Sie verstehen, dass die Gefahr real ist!

Und bitte nehmen Sie Einfluss auf die Soester GRÜNE Fraktion, damit das sofort gestoppt wird.

Meine ganze Geschichte finden Sie wie immer auf einer versteckten website unter: <https://www.dobberstein-real-estate.com/soest/>

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

From: RAin Claudia Nassibulin <cn@cnlegal.de>

Sent: Thursday, March 2, 2023 3:53 PM

To: 'josefine.paul@landtag.nrw.de' <josefine.paul@landtag.nrw.de>; 'rupy.david@landtag.nrw.de' <rupy.david@landtag.nrw.de>

Cc: 'ricarda.lang@gruene.de' <ricarda.lang@gruene.de>; 'mona.neubaur@landtag.nrw.de' <mona.neubaur@landtag.nrw.de>

Subject: FW: Artikel im Soester Anzeiger zu Ihrem Projekt "Respect" vom 02.02.2023

Sehr geehrte Frau Paul,

anliegend übersende ich meine Email an Jana Hansjürgen vom 14.02.2023 in Beziehung auf den Roll-out des Landesprojektes „RESPECT“ in Soest.

Mir ist zugetragen worden, dass Frau Hansjürgen ob dieser meiner Email nicht erfreut war und dies war auch das Ziel der Übung. Denn es ist schier unerträglich, dass man das Projekt Respect jetzt auch in Soest ausrollt, obwohl sowohl Ihr Haus (und Sie persönlich) als auch Frau Hansjürgen positiv wissen, dass sich die Politik in Soest über alle Parteigrenzen hinweg im Fall Prof. Dr. Dobberstein als zutiefst misogyn, zutiefst homophob und zutiefst rassistisch erwiesen hat und es auf der Hand liegt, dass das vorgenannte Landesprojekt gerade diesen Politiker:innen die wohl schon lange ersehnte Gelegenheit zum verschärften Pinkwashing gibt.

Und es ist nicht nur Frau Hansjürgen, die sich in diesem Zusammenhang erneut die Hände schmutzig macht, es sind vor allem Sie persönlich:

Sie wissen, dass die Täter:innen im Fall Prof. Dr. Dobberstein -neben Ihrem neuen Freund Ruthemeyer und seinem unmittelbaren Umfeld - auch und gerade „grüne“ Frauen waren. Es waren grüne Frauen wie Anneliese Richter und Karin Liedmann, die homophobe und rassistische Hetze verbreitet haben, es war die grüne „Les be vom Dienst“ Jutta

Maybaum, die sich auf die Seite von Ruthemeyer und Richter geschlagen hat und heute sogar leugnet, dass meine Lebensgefährtin und ich in Soest homophob und misogyn behandelt worden sind, es sind Anneliese Richter und Jutta Maybaum, die als Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates der Wirtschaft und Marketing Soest GmbH Frau Prof. Dr. Dobberstein ein ihren herausragenden Leistungen angemessenes Zeugnis verweigern, die die Abgeltung von Urlaubsansprüchen aus den Jahren 2016, 2017 und 2018 verweigern und die auch einen Ausgleich für geleistete Mehrarbeit in den Jahren 2016 bis 2020 verweigern. Und dies nicht aus Rechtsgründen, denn diese Sachverhalte sind von keinem Gericht bisher entschieden worden und könnten damit eine Brücke sein, um diese Angelegenheit zuletzt doch noch im Verhandlungswege zu einem halbwegs vertretbaren und vielleicht auch versöhnlich zu nennenden Abschluss zu bringen. Und diese Leute sollen nun pink gewaschen werden ?!

Ist das Ihre Vorstellung von Grüner Politik? Ist das das sozialere NRW, das Sie und Ihre Kolleg:innen im Wahlkampf versprochen haben? Es ist jedenfalls das Totalversagen GRÜNER Gesellschaftspolitik in NRW.

Ich habe mich immer gefragt, warum Sie und Frau Neubaur die Damen Richter, Liedmann und Maybaum seit Mitte 2020 haben gewähren lassen, obwohl wir Sie wiederholt um Hilfe gebeten haben. Warum haben Sie dieses menschenverachtende und parteischädigende Verhalten dieser Leute hingenommen wie schlechtes Wetter? Warum haben Sie sich damit auf die Seite der Täter:innen gestellt? Haben Sie mir nicht geglaubt, weil ich keinen deutschen Nachnamen habe? Weil ich auch in Ihren Augen deshalb zum Bodensatz dieser Gesellschaft gehöre? Setzt es Frau Prof. Dr. Dobberstein in Ihren Augen herab, dass sie mit Dreck wie mir seit nunmehr fast 18 Jahren eine Beziehung führt? Ich halte dies nicht für ausgeschlossen. Ganz sicher aber war es Führungsversagen – von Ihnen, Frau Paul und von Mona Neubaur – das zur Totaleskalation dieses Vorgangs beigetragen hat, an deren Ende ein GRÜNER Justizminister für die - offen ersichtlich hanebüchen und nachgerade dummlich begründete - Einstellung des Strafverfahrens gegen u.a. einen CDU- Bürgermeister verantwortlich zeichnet, der eine offen lesbisch lebende Frau trotz ihrer herausragenden Leistungen mit infamen Lügen aus dem Amt der Geschäftsführung einer kommunalen Gesellschaft drängte.

Wir waren stets und immer verhandlungsbereit und haben von Anfang an - also bereits vor der öffentlichkeitswirksamen Kündigung- bis weit in das Jahr 2022 hinein immer und immer wieder eine Mediation durch nachweislich erfahrene Wirtschaftsmediatoren mit Anwaltszulassung (Dr. Reiner Ponschab; Dr. Christine Freifrau von Münchhausen) angeregt, die nicht aus NRW kommen und deshalb auch nicht vor Ruthemeyer, der CDU und den Grünen den Kratzfuß machen müssen. Ihren Parteikolleginnen vor Ort ist aber am Ende im Januar 2023 nichts anderes eingefallen, als zu versuchen, Frau Prof. Dr. Dobberstein mit Hilfe des Hausanwalts des Konzerns Stadt Soest- der bei genauer Betrachtung der Korrespondenz wohl bisher das Glück hatte, dass sich noch niemand mit seiner eigenen Zurechnungsfähigkeit befasst hat- die Prozess- bzw. Schuldfähigkeit aberkennen zu lassen und sie in der Konsequenz mit Psychiatrie zu bedrohen, weil sie sich nicht mundtot machen lassen. Wenn Ihnen das jetzt so vorkommt wie eine Geschichte aus Putins Russland, dann haben Sie die Tragweite des Skandals schon sehr gut erfasst und müssen nur noch den gedanklichen Schritt gehen, anzuerkennen, dass hier nicht ein Diktator seine faschistische Allmachts- und Gewaltfantasie ausagiert, sondern u.a. Ihre Parteikolleginnen die Wut über die eigene Unfähigkeit zur frühzeitigen und sachgerechten Konfliktlösung in massive strukturelle Gewalt gegen das Opfer zu kanalisieren versuchen, um nicht mehr mit dem eigenen Versagen konfrontiert zu werden.

Nur colorandi causa möchte abschließend darauf hinweisen, dass der gesamte Vorgang Prof. Dr. Dobberstein mittlerweile als anti-feministischer Vorfall bei der von Ihrer Parteikollegin Lisa Paus eingerichteten Meldestelle für Antifeminismus registriert ist.

Mit freundlichen Grüßen/ Yours sincerely

Claudia Nassibulin MBA
Rechtsanwältin + Wirtschaftsmediatorin

From: RAin Claudia Nassibulin <cn@cnlegal.de>
Sent: Monday, February 13, 2023 12:22 PM
To: 'blick@rosastrippe.net' <blick@rosastrippe.net>
Cc: 'sauerland@frauenberatung-soest.de' <sauerland@frauenberatung-soest.de>
Subject: Artikel im Soester Anzeiger zu Ihrem Projekt "Respect" vom 02.02.2023

Sehr geehrte Frau Hansjürgen,

ich muss wirklich sagen, Sie sind eine Meisterin der Verdrängung:

Sie kennen den Vorgang Prof. Dr. Dobberstein mittlerweile sehr gut und es muss Ihnen deshalb auch vollumfänglich bewusst sein, dass die Soester Politik über sämtliche Parteigrenzen hinweg zutiefst homophob, zutiefst misogyn und zutiefst rassistisch ist. Aus der Genese des Vorgangs Prof. Dr. Dobberstein wissen Sie auch, dass es der Journalist Kienbaum war, der der Politik sekundierte, als es galt, Frau Prof. Dr. Dobberstein unmittelbar nach ihrem Interview medial hinzurichten.

Er, der noch am 13.12.2019 einen homophoben Artikel veröffentlichte, in dem er – entgegen unserem ausdrücklichen Wunsch- unsere Beziehung verschwieg und aus mir eine anonyme Lippstädterin machte- veröffentlichte einen Kommentar, in dem er behauptete, es habe keine Homophobie gegeben und Frau Prof. Dr. Dobberstein habe die Homophobie nur erfunden, um von eigenem Versagen abzulenken. Ich habe diesen Hetz-Kommentar, der dem Stürmer zur Ehre gereicht hätte, zwar zur Löschung gebracht, die verhetzte Argumentationslinie Kienbaums hat aber in Soest nachhaltig verfangen, zumal sie auch in der Soester Politik ihren Ursprung gehabt haben dürfte.

Kienbaum hat bei der Hinrichtung meiner Lebensgefährtin- und nichts anderes ist geschehen- tatkräftig und mit großem persönlichem Engagement mitgewirkt- und Sie haben nichts Besseres zu tun, als ihr Projekt von dieser Person journalistisch bewerben zu lassen.

Ganz offenkundig hat man Ihnen in Soest – wahrscheinlich von Seiten der Soester Grünen, die nicht müde wurden, uns die ganze Rumpelkammer an homophoben und rassistischen Vorurteilen ungefragt als der Weisheit letzter Schluss entgegen zu plappern (siehe Anlage) – erzählt, was wir vorgetragen haben, stimme nicht und insbesondere die „grüne“ Fraktionsvorsitzende Anneliese Richter sei ein liberaler und feministischer Fels in der homophoben und misogynen Brandung. Sie habe alles nicht so gemeint und schuld sei das Opfer, das halt nicht so nett und unterwürfig war, wie Frau Richter dies aufgrund ihres verzerrten Selbstbildes erwartete. Diese Leute haben die Sichtbarkeit unserer Beziehung schon in der Amtszeit meiner Lebensgefährtin bekämpft und nun haben sie sich dazu entschlossen, meine Lebensgefährtin in die Psychiatrie zu bringen, weil sie sich nicht mundtot machen lässt.

Und Sie setzen in Soest ein solches Projekt auf? Damit man in Soest noch besser heucheln kann, dass es dort keine Homophobie gibt? Überall gibt es sie, in San Francisco, in Köln, in München, London, Paris und Tokio, nur nicht im beschaulichen Soest, denn dort sind immer die Opfer schuld, die darauf beharren, ihre Beziehung selbstverständlich in Soest zu leben, anstatt auf Bali, in Hamm oder Dortmund.

Das widert mich wirklich an! Dies geht auch an die Adresse von Josefine Paul, die ebenfalls mit dem Vorgang Prof. Dr. Dobberstein vertraut ist und sich trotzdem noch als queerpolitische Sprecherin der NRW-Grünen auf die Seite der Soester Grünen geschlagen hat. Auch sie hat sich offenkundig erzählen lassen, dass wir alles nur erfunden haben, auch Sie hat sich – wohl von der Grünen „Lesbe vom Dienst“ Jutta Maybaum, die auch nur in ihrer Fantasie in irgendeinem Paralleluniversum offen lesbisch lebt- gleichsam „einseifen“ lassen. Dabei haben wir Maybaum erst im November/Dezember 2019 kennen gelernt, also mehr als drei Jahre nach Amtsantritt meiner Lebensgefährtin. Ich kann mich nicht erinnern, Maybaum vorher jemals auf einem Event in Soest begegnet zu sein bzw. sie gesehen zu haben und ich habe meine Umgebung auf diesen Events immer sehr genau gescreent. Maybaum kann also zu unseren Diskriminierungserfahrungen aus eigener Anschauung seriös gar nichts sagen. Sie war es aber, die gegenüber meiner Lebensgefährtin im November 2019 insinuiert hat, wir sollten unsere Beziehung doch in der Dortmunder Szene offen leben und nicht in Soest. Meine Lebensgefährtin hat dies weit von sich gewiesen, denn wir wollten uns nicht nach 14 Jahren Beziehung die Verlogenheit überstülpen lassen, mit der man in Soest gleichgeschlechtliche Beziehungen handhaben möchte.

Wir haben in Soest unsere Beziehung selbstverständlich und offen gelebt, wir waren für jedermann als Paar sichtbar- diese selbstverständliche Sichtbarkeit queerer Beziehungen ist es doch, was auch Sie sich wünschen und wofür Sie mit Ihrem Projekt kämpfen. Man hat uns über Jahre behandelt wie den letzten Dreck und gerade das sollte Sie interessieren- denn wenn Sie unsere Erfahrungen behandeln als wären sie nicht, viktimisieren Sie uns sekundär und sind in der Folge nicht besser als Ruthemeyer, Richter und Konsorten, sondern Sie und Ihr Team werden zu Enablern und Apologeten dieser Leute, die weder den Willen, noch die intellektuelle Potenz haben, sich dem zu stellen, was sie getan haben und noch immer tun, aber davon beseelt sind, sich und Soest als liberal darzustellen. Sie werden Ihnen dabei sicher hilfreich zur Seite stehen. Ich kann schon das Pressefoto mit Ihnen, Frau Hansjürgen, dem Soester Bürgermeister, der Fraktionsvorsitzenden der Grünen etc. sehen und schon allein die bloße Vorstellung verursacht mir Brechreiz.

Ich möchte es einmal anders formulieren:

Das Projekt „Respect“ wird, so wie es konzipiert und laut SA -Artikel umgesetzt werden soll, in Soest wirken wie eine großangelegte Pinkwashing-Anlage, die für die Betroffenen keinen Mehrwert bringt, der Mehrheitsgesellschaft und hier insbesondere der Politik (erneut: über alle Parteigrenzen hinweg) aber das schöne Gefühl vermittelt, dass Queerfeindlichkeit ein Problem der sozial deklassierten Ränder und nicht der Mitte der Gesellschaft ist und man selbst natürlich keine derartigen Ressentiments hege, denn man hat sich ja den Aufkleber des Projekts „Respect“ deutlich sichtbar an die Eingangstür des Shops, Restaurants, der Partei-Geschäftsstelle oder gar der Wirtschaftsförderungs-Gesellschaft geklebt. Die Gesellschaft in Soest bzw. im Kreis Soest wird durch ihr Projekt nicht queerfreundlicher werden, es wird vielmehr die Heuchelei gefördert – ihr Projekt, das sicherlich gut gemeint ist, ist nach meinem Dafürhalten nicht sehr viel mehr als die staatliche Lizenz zum Heucheln „powered by Josefine Paul“.

Sie wollen in einer Stadt, in der selbst die „Elite“ keinerlei Kenntnisse darüber hat, wie Diskriminierung funktioniert, welche Formen der Diskriminierung es gibt und was sie mit den Opfern macht, tatsächlich „safe spaces“ schaffen? Really?! Diese Stadt ist ein einziger „unsafe space“ und ich möchte jedem, der auch nur einen einzigen Marker hat, der sie oder ihn in einer derart unaufgeklärten, patriarchalen Gesellschaft wie man sie in Soest durchgängig vorfindet, zu stigmatisieren geeignet ist, dringend raten, dieser Stadt schnell und rigoros den Rücken zu kehren. Bevor Sie also von „safe spaces“ in Soest zu träumen wagen dürfen, müssen Sie erst einmal die Politik und die Bevölkerung bilden und das nicht nur mit wohlfeilen Flyern und Broschüren aus dem Ministerium. Das dürfte aber gerade in Beziehung auf die Politik- so, wie sie heute personell aufgestellt ist- ein hoffnungsloses Unterfangen sein.

Noch im Januar hat das Fraktionsmitglied der Soester Grünen Annette von dem Bottlenberg, die auch Mitglied des Kreistages ist, dies im Soester Anzeiger beglaubigt <https://www.soester-anzeiger.de/lokales/soest/soest-regenbogenflagge-soll-auf-dem-kreishaus-wehen-viel-buerokratie-noetig-92018099.html>:

Sie hat im Kreistag den Antrag gestellt, am 17.5.23 das Kreishaus mit der Regenbogenfahne zu beflaggen und dafür eine Mehrheit gefunden. So weit, so gut, werden Sie sagen. Aber die Begründung, die sie dem Redakteur des SA in die Feder diktierte, ist so entlarvend, wie sie im Übrigen typisch für die Soester Grünen ist:

„Für sie stehe die Regenbogenflagge nicht ausschließlich für Solidarität mit Homo-, Bi-, Inter- und Trans-Sexuellen – „für mich steht sie grundsätzlich für Respekt gegenüber Menschen, die anders leben“, sagt sie.“

Das Symbol der queeren Bewegung, das Symbol eines jahrzehntelangen Kampfes queerer Menschen gegen Diskriminierung, Marginalisierung, gegen physische und strukturelle Gewalt wird planvoll aus diesem Kontext herausgelöst und zu einem relativ beliebigen Symbol für „Respekt gegenüber Menschen, die anders leben“ umfunktioniert. So schafft es Frau von dem Bottlenberg, die queeren Menschen in Soest einmal mehr unsichtbar zu machen und dazu sogar das Symbol der queeren Bewegung zu instrumentalisieren. Ferner insinuiert sie, dass queere Menschen „anders“ leben, was ein handfestes „Othering“ darstellt, also selbst eine Diskriminierung und Marginalisierung queerer Menschen ist. Dieser Satz ist moderne Homophobie „in a nutshell“ –dies schaffen nur die Grünen in Soest!

Aber damit nicht genug, denn Frau von dem Bottlenberg lässt den Leser noch weiter an ihren erbaulichen Gedanken teilhaben:

*„Die Regenbogenflagge soll uns an den gesellschaftlichen Zusammenhalt erinnern, an Respekt auf Augenhöhe. Das sollte unser größtes Thema sein, egal in welcher Situation wir uns befinden. Gerade in schweren Zeiten neigen wir Menschen schnell dazu, **nach unten** zu treten.“*

Wer „anders“ lebt, wer queer lebt, ist für Frau von dem Bottlenberg also ipso facto „unten“ und deklassierter Bodensatz der Gesellschaft, zu dem man sich gütig herabneigt und dabei von Augenhöhe faselt – hier blickt man direkt in das Herz der intellektuellen Finsternis und wäre ich Parteimitglied der Grünen, ich würde ob dieses unsanktioniert gebliebenen Statements die Partei nachgerade fluchtartig verlassen. Denn bräsiger und perfider kann man Homophobie kaum zum Ausdruck bringen als es hier im Namen der Grünen geschehen ist.

Meine Lebensgefährtin und ich haben diese Perfidie über Jahre am eigenen Leib erfahren; dies sind Erfahrungen, die uns bis an unser Lebensende prägen werden. Und noch einmal: In diesem patriarchalen, repressiven und brutalen Gemeinwesen „Stadt Soest“, dessen Parteienspektrum gegenüber den bundesdeutschen Markenkernen der Parteien erheblich nach rechts verschoben ist, wollen Sie ein solches Projekt etablieren? Und damit Leuten wie Frau von dem Bottlenberg, Frau Richter, den Liedmanns und vielen anderen mehr über alle Parteigrenzen hinweg das ultimative Pinkwashing angeheißen lassen? Der erste, den Sie pink gewaschen haben, ist im Übrigen der Anzeiger- Redakteur Kienbaum und dies offenbart einen Zynismus schlimmster Sorte.

Das Projekt „Respect“ wirkt auf mich wie aus den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts – damals hat man die Betroffenen „be-handelt“ und „be-raten“, aber die Mehrheitsgesellschaft unangetastet gelassen; die Betroffenen mussten ja die Anpassungsleistung erbringen, nicht die Gesellschaft, die fröhlich weiter diskriminieren durfte. Sie bieten der Mehrheitsgesellschaft heute ein Pinkwashing als Zusatzleistung- ansonsten ist alles wie gehabt, so very nineties, so very outdated, so very irrelevant. Das Ministerium von Frau Paul verschwendet Zeit, Geld und personelle Ressourcen an zahnlose Symbolpolitik aus den Museumsbeständen der queeren Bewegung anstatt mit modernen Mitteln und einer durchschlagskräftigen Symbolpolitik die Gesellschaft- gerade auf dem Land- aktiv zu bilden und so zukunftsweisend zu gestalten. Aber dazu müsste man sich halt etwas getrauen, Mut und Willen zur tatsächlichen Veränderung zeigen und vor allem diejenigen nicht im Stich lassen, die mutig vorangegangen sind und queeres Leben in der Mitte der Gesellschaft sichtbar gemacht haben. Das sind aber gerade nicht die Tugenden, die die zuständige Ministerin auszeichnen – sie zückt lieber die Fördermittel-Gießkanne und errichtet ein paar Beratungsstellen, die niemanden stören und gerade deshalb nicht viel mehr bringen werden als eine photo opportunity für (Kommunal-) Politiker:innen, die vor der nächsten Wahl ein bisschen Liberalität und selbstgestrickte Weltoffenheit heucheln wollen.

Ich bereue es heute zutiefst, bei der Landtagswahl den Grünen meine Stimme gegeben und damit eine solche Heuchelei erst ermöglicht zu haben.

Mit freundlichen Grüßen/ Yours sincerely

Claudia Nassibulin MBA
Rechtsanwältin + Wirtschaftsmediatorin

Von: monika.dobberstein@gmx.de <monika.dobberstein@gmx.de>

Gesendet: Mittwoch, 22. März 2023 08:13

An: 'josefine.paul@landtag.nrw.de' <josefine.paul@landtag.nrw.de>

Betreff: Ihr Post zum #TaggegenRassismus

Sehr geehrte Frau Ministerin,

gestern haben Sie folgendes gepostet:



#Rassismus hat keinen Platz in #NRW. Das gilt nicht nur heute, am Internationalen #TaggegenRassismus, sondern immer, so Ministerin @JosefinePaul.

[Translate Tweet](#)



4:20 PM · Mar 21, 2023 · 1,602 Views

Sie wissen, dass das nicht wahr ist. Sie selbst lassen viel Platz für Rassismus, aber auch Misogynie und Homophobie.

In Soest haben weite Teile des Stadtrates darüber diskutiert, ob das Gesicht meiner Lebensgefährtin zu slawisch ist, darunter an vorderster Front die grüne Fraktion. Als wir das vor Gericht vortrugen, haben sie den Vorgang nicht bestritten, aber behauptet, nicht ausländerfeindlich zu sein. Meine Lebensgefährtin ist Deutsche, niemand hatte also verlangt, dass sie meine Lebensgefährtin ausländerfreundlich behandeln. Meine Lebensgefährtin hat auch keinen Migrationshintergrund, niemand hatte also verlangt, dass sie fremdenfreundlich sein sollen. Aber der turkstämmige Nachname meiner Lebensgefährtin hat in Soest ausgereicht, sie als Ausländerin zu definieren und sie noch dazu mit einem Begriff zu belegen (slawische), der in der deutschen Geschichte so ungut mit dem Begriff des „Untermenschen“ verbunden ist. Das war nicht ausländerfeindlich, nicht fremdenfeindlich, das ist und bleibt rassistisch. Ich habe Ihnen zudem auch schon andere Vorfälle mitgeteilt, in denen sich die Fraktion rassistisch verhalten hat, die nichts mit unseren Personen zu tun hat.

Aktuell wird mir von einer Aushilfskraft der WMS und einem Hausanwalt des „Konzern“ Stadt Soest gedroht, meine Prozess- bzw. Schuldfähigkeit prüfen zu lassen. Letztlich droht man mir damit, mich von meiner Lebensgefährtin zu trennen und in die Psychiatrie zu bringen. Man will mich mundtot machen. Besondere Verantwortung dafür tragen Anne Richter und Jutta Maibaum als Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates.

Sie wissen seit langem, was in dieser Fraktion passiert. Ich habe Ihnen, schon als Sie noch queerpolitische Sprecherin waren, immer wieder Hilferufe gesendet. Sie aber lassen diese Fraktion seit 2020 unbehelligt agieren.

Die Tür dafür geöffnet, dass die Soester Politik nun alle Hemmungen fallen lassen kann, hat die Einstellung des Strafverfahrens gegen den Soester Bürgermeister, Anne Richter (GRÜNE AR-Vorsitzende) et al. Diese Einstellung, für die der GRÜNE NRW-Justizminister verantwortlich ist, halte ich für Rechtsbeugung, denn die Beweislast war erdrückend.

Ich habe kürzlich eine Frauenberatungsstelle aufgesucht. Die Beraterin hat meinen Fall sehr ernst genommen und hat sehr eindringlich versucht, mir zu vermitteln, dass sie sogar mein Leben in Gefahr sieht. Ich habe ihr nach dem Gespräch eine Email geschrieben, die ich Ihnen hier einmal in einem Auszug zu lesen geben möchte, weil auch Sie darin vorkommen:

Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie die Gefahr nicht kleingeredet haben, dass Sie sehen, dass die Gefahr besteht, dass man mich für unzurechnungsfähig erklärt und in die Psychiatrie einweist, dass ich in die Insolvenz getrieben werde und es nicht unwahrscheinlich ist, dass diese Geschichte mich und meine Lebensgefährtin unser Leben kostet.

Es ist dumm und gefährlich, für Gerechtigkeit zu kämpfen und dafür, die Täter zur Verantwortung zu ziehen, wenn die eigene Position zu schwach ist, um diesen Kampf erfolgreich führen zu können. Ich bin nicht so naiv, das nicht zu erkennen. Ich bin erst recht nicht so vermessen, zu glauben, dass ich das Patriarchat als Ganzes stürzen könnte.

Aber in einem möchte ich Ihnen doch vehement widersprechen. Ich mache nicht das System verantwortlich, nicht das Patriarchat an sich, gegen das man nichts tun kann und unter dessen Radar man tunlichst durchtauchen sollte. Ich mache Menschen persönlich verantwortlich. Es gab im 3. Reich keine Kollektivschuld und es gibt sie heute nicht. Wenn ein Richter, ein Staatsanwalt und/ oder der Justizminister sich entscheiden, das Recht zu beugen und ihre Amtseide zu brechen, dann ist das deren persönliche Verantwortung. Wenn Parteivorsitzende, eine queerpolitische Sprecherin auf Landesebene, andere Amtsträger und der Kreisverband sich entschließen, die Akteure auf Ortsebene gewähren zu lassen und keine Parteiordnungsmaßnahmen einzuleiten, dann sind sie für dieses Tun persönlich verantwortlich. Wenn (Aufsichts)Ratsmitglieder mich wiederholt fristlos kündigen, mir einen Aufhebungsvertrag, die Auszahlung von Urlaubs- und Überstundenansprüchen und die Ausstellung eines angemessenen Zeugnisses verweigern sowie mir mit dem Entzug der Zurechnungsfähigkeit drohen lassen, dann tragen sie persönlich die Verantwortung dafür, denn sie sind nur ihrem Gewissen verantwortlich.

Ich verstehe, dass Sie sagen, dass Menschen wie Frau Hansjürgen, Frau xxx oder Frau Ataman auch mit Tätern zusammenarbeiten müssen [*Hintergrund ist das Schreiben meiner Lebensgefährtin an Frau Hansjürgen*], aber der Unterschied in meiner Geschichte ist, dass die Täter*innen aus dem eigenen Lager kommen und dass es sich in großer Zahl um GRÜNE Frauen handelt: Anne Richter, Jutta Maybaum, Karin Liedmann, Josefine Paul, Mona Neubaur, Ricarda Lang, Britta Hasselmann, Benjamin Limbach. Frau xxx, Frau Hansjürgen oder Frau Ataman haben persönlichen Zugang mindestens zu einzelnen Personen aus diesem Täter*innenkreis. Sie könnten hinter den Kulissen auf diese einwirken.

Sämtliche GRÜNE Täter*innen haben Ämter, in die sie gekommen sind, weil sie für Chancengleichheit kämpfen wollten, beteiligen sich nun aber daran, mich zu vernichten. Dafür sollten sie zur Verantwortung gezogen werden, politisch und sofern es sich um Straftaten handelt, auch strafrechtlich.

Ich bin überzeugt, dass das Patriarchat nicht durch symbolische Akte wie das Aufziehen der Regenbogenflagge bekämpft wird. Und so sinnvoll es ist, die Opfer zu trösten, zu beraten, Pflaster auf sie zu kleben und ihnen zur Flucht zu verhelfen, so wird sich die Welt doch nicht ändern, wenn das Patriarchat nicht bekämpft wird, nicht allgemein, sondern dort, wo es sich zeigt, Schritt für Schritt. Dieser Kampf hat einen Preis, natürlich. Und Sie haben Recht, ich habe bereits einen hohen Preis gezahlt. Aber ohne zu kämpfen und die Täter*innen zu stellen, wird sich die Gesellschaft nicht ändern.

Sie haben gesagt, dass ich meinen Beitrag geleistet habe und bereits viel erreicht habe. Zwar gebe ich Ihnen Recht, dass die Drohung, mich in die Psychiatrie zu bringen, Ausdruck dessen ist, wie sehr die (Aufsichts)Ratsmitglieder unter Druck stehen, dass diese in ihrem tiefsten Innern wissen, dass hier etwas ganz und gar falsch gelaufen ist und ihr Verhalten ein Zeichen von Schwäche ist. Sie wollen den Spiegel zerstören, damit sie ihr Spiegelbild nicht mehr sehen können, wollen nicht mehr mit dem konfrontiert werden, was sie getan haben und noch tun. Dass die Täter mich gerne in der Psychiatrie oder sogar tot sehen möchten, ist aber sicher kein Erfolg, sondern zutiefst beängstigend. Ein Erfolg wäre es gewesen, wenn sie sich mit uns an einen Tisch gesetzt hätten, zugehört hätten, versucht hätten zu verstehen, was sie uns angetan haben und es zu einer Versöhnung gekommen wäre. Das hätte nicht nur mir/ uns eine Perspektive eröffnet, sondern auch die Stadtgesellschaft zum Guten verändert. Ich weiß, dass es nicht mein Fehler ist, dass es dazu nicht gekommen ist, sondern die Ursache in der Persönlichkeit des Bürgermeisters begründet ist, der zu einer Mediation nicht in der Lage ist. Aber weil der Kern der Stadtgesellschaft selbst nicht in der Lage ist, die Angelegenheit aufzuarbeiten, ist äußerer Druck auf sie notwendig.

Sie haben mir gesagt, dass ich nicht die erste wäre, die in einem solchen Kampf ihr Leben verlöre. Das nehme ich ernst, natürlich. Die Drohungen, mich in die Psychiatrie zu bringen, sind ja deutlich ausgesprochen und die Justizbehörden haben gezeigt, dass sie den Bürgermeister und nicht mich schützen. Mein Leben wäre aber nicht in Gefahr, wenn andere an meiner Seite wären.

Es ist erwiesen, dass Opfer von Diskriminierung sich nicht selbst helfen können, sondern die Diskriminierung nur gestoppt werden kann, wenn Menschen aus der Mehrheitsgesellschaft sich an ihre Seite stellen (siehe z.B. [Experiment von Jürgen Schlicher](#)).

Wenn sich Menschen an meine Seite stellen würden, gäbe es eine Chance, meine Geschichte zu nutzen, um die Gesellschaft nach vorne zu bringen.

Aber all die oben aufgeführten Personen, die an meiner Seite sein sollten, haben sich entschieden, auf der Seite der Täter*innen zu stehen und damit selbst zu Täter*innen zu werden. Das ist ein politischer Skandal und ich kann immer noch nicht glauben, dass die GRÜNEN meine Gegner*innen und nicht meine Verbündeten sind.

Am 27. Januar wurde im Bundestag am Holocaust-Gedenktag das erste Mal der queeren Opfer gedacht. Maren Kroymann machte deutlich, dass weibliche Homosexualität nach dem § 175 zwar nicht strafbar war, dass Lesben aber trotzdem nicht davonkamen. Als „kesse Lesbierin“ wurden sie als Asoziale in KZ gebracht und dort ermordet. GRÜNE habe sich für diese Gedenkstunde gefeiert, insbesondere auch Ricarda Lang.

Zeitgleich wird mir gedroht, mir meine Zurechnungsfähig aberkennen zu lassen. Mir ist klar, dass die Psychiatrie kein KZ ist. Aber immerhin will man mir meinen Personalausweis, meinen Führerschein, den Zugang zu meinen Konten entziehen, mich von meiner Lebensgefährtin trennen, mich meiner Freiheit berauben und wer weiß, mit welchen Medikamenten man meinen Willen brechen will, damit ich nicht mehr behaupte, dass Misogynie, Homophobie und Rassismus eine gewichtige Rolle bei meiner Nichtwiederwahl gespielt haben und dass das Recht gebeugt wurde, um den Bürgermeister und andere (Aufsichts)Ratsmitglieder vor strafrechtlicher Verfolgung und der Übernahme politischer Verantwortung zu schützen. Und niemand kann sicher sein, dass ich am Ende nicht doch so gebrochen sein werde, dass ich mir mein Leben nehme.

Ich habe Ricarda Lang an diesem Holocaust-Gedenktag eine Email geschrieben, ihr die Parallelen aufgezeigt, ihr gesagt, wie groß meine Angst ist und sie gebeten, Einfluss auf ihre Soester Parteikolleg*innen zu nehmen. Sie hat - wie immer - nicht geantwortet. Ich empfinde nur Ekel, genauso wie ich es unentschuldig und unerträglich finde, wenn die Menschen, die sich an meiner Vernichtung beteiligen oder dieser zuschauen, sich feiern, wenn sie die Regenbogenflagge hissen.

Wir leben nicht im Dritten Reich, nicht einmal im Ansatz. Gerade deshalb gäbe es die Chance, dass der Kampf erfolgreich sein könnte.

MeToo hat gezeigt, wie wirkmächtig es ist, wenn Opfer sich zusammentun und nach vorne kommen. Meine Geschichte aber wird andere Opfer entmutigen sich zu wehren, zumal nun ein Gerichtsurteil in der Welt ist, dass öffentlich geäußerte Misogynie- und Homophobievorwürfe als fristlosen Kündigungsgrund definiert, unabhängig davon, ob diese Vorwürfe gerechtfertigt sind und unabhängig davon, wie der Arbeitgeber vorher seine eigenen Pflichten verletzt hatte. Mein Kampf hat nichts zum Besseren gewendet, aber vieles zum Schlechteren. Dafür bin ich verantwortlich, weil ich einen aussichtslosen Kampf geführt habe, aber vor allem diejenigen, die sich nicht an meine Seite gestellt haben und noch mehr diejenigen, die ihre Ämter missbraucht haben.

Ich bin sicher, dass in den USA nach einem solchen Urteil längst Aktivisten auf der Straße wären und dieses Urteil nutzen, die Gesellschaft weiterzubringen. Hier aber ist die Landschaft nicht durch Aktivisten geprägt, sondern durch Beratungsstellen, die am Tropf öffentlicher Gelder hängen, die die Opfer versorgen, aber die Diskriminierung nicht bekämpfen. Deshalb und weil ich das Pech habe, dass in meinem Fall die Diskriminierung von Politiker*innen ausging, werde ich allein gelassen.

In Belarus haben Frauen unter Lebensgefahr eine Revolution angeführt, im Iran legen die Frauen unter Lebensgefahr ihr Kopftuch ab und führen einen Umsturzversuch an. In Spanien wurden gerade Gesetze erkämpft, die Frauen und Transmenschen weitreichende Rechte geben. Viele andere Länder, sogar ein erzkatholisches Land wie Irland sind uns inzwischen weit voraus. In Deutschland, wo ich GRÜNE Bundes- und Landesregierungen mit ins Amt gewählt habe, weil sie uns ein neues Land versprochen hatten, schützen diese GRÜNE Landesregierung und die Parteispitzen einen Bürgermeister sowie die eigenen Leute vor Strafverfolgung und politischen Konsequenzen und öffnen damit die Tür, dass eine Frau vernichtet wird, die so mutig war, ihre homosexuelle Beziehung sichtbar zu leben und ihren Mund aufzumachen, als sie u.a. deshalb ihren Job verlor. Solange Frauen in Deutschland nicht bereit sind, sich zusammenzuschließen und zu kämpfen, verdienen sie wohl die Politiker*innen, die sie haben.

Zum Schluss möchte ich Ihnen versichern, dass ich nicht beabsichtige, mir das Leben zu nehmen. Ich bin weder suizidgefährdet, noch depressiv. Die Beweise für meine herausragenden Leistungen, für die Misogynie, die Homophobie, den Rassismus, die planvollen und zielgerichteten Lügen aus der Nichtwiederwahlkampagne, für die Rechtsbeugung liegen als hard facts schwarz auf weiß auf dem Tisch. Ich habe deshalb keinen Zweifel, dass die Schuld für alles, was geschehen ist und noch geschieht, allein beim (Aufsichts)Rat und insbesondere dem Bürgermeister liegen. Mein Selbstbewusstsein ist deshalb intakt. Versuche, mir zu suggerieren, ich sei verrückt und brauchte psychologische Hilfe, erkenne ich klar als Gaslighting. Versuche, mir naheulegen, mir eine andere Rechtsanwältin zu nehmen, erkenne ich klar als den Versuch, einen Keil zwischen mich und meine Lebensgefährtin zu treiben und mich von meiner größten Unterstützerin zu trennen. Und allen, die glauben, dass meine Lebensgefährtin mich in die Eskalation treibt, sei gesagt, dass ich selbst im Drivers Seat sitze. Und ich erlaube auch dem Aufsichtsrat nicht, sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem er immer wieder behauptet „das mache alles die Kanzlei, er könne da nichts tun“. Der Aufsichtsrat ist der Auftraggeber der Kanzlei und bestimmt die Strategie. Und die beiden GRÜNEN Frauen Anne Richter und Jutta Maybaum stehen als Aufsichtsratsvorsitzende und deren Stellvertreterin in der besonderen Verantwortung. In die Eskalation treibt mich nicht meine Lebensgefährtin, sondern allein der Aufsichtsrat mit seiner passiv aggressiven Verweigerungshaltung, das Problem auf dem Verhandlungswege zu lösen. Ich habe nicht vor zu sterben, sondern im

Zweifel zu gewinnen. Ich glaube auch nicht, dass der Kampf aussichtslos ist. Ich habe bisher aber offensichtlich die falschen Menschen gebeten, sich an meine Seite zu stellen.

Wie immer zum Schluss der Hinweis auf meine versteckte [website](#), auf der ich die gesamte Geschichte aufbereitet habe.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein

Es kam, wie es kommen musste und wir das prognostiziert hatten: Jutta Maybaum ließ sich auf einer Veranstaltung des Projektes „Respect“ als Vorkämpferin für lesbische Sichtbarkeit feiern, gemeinsam mit Peter Wapelhorst, dem schwulen Kämmerer und einer stellvertretenden Bürgermeisterin der CDU. Ich schrieb ihr (cc an den Stadtrat und die Projektbeteiligten) daraufhin folgenden Brief:

From: Prof. Dr. Monika Dobberstein <monika.dobberstein@gmx.de>

Sent: Monday, October 30, 2023 7:01 PM

Hallo Jutta,



Du kannst Dir offensichtlich nicht vorstellen, wie sehr es uns verletzt, wenn Du Dich als Vorreiterin der queeren Community feiern lässt, während Du uns zeitgleich in Armut, Krankheit und ggf. irgendwann in den Suizid treibst und mir mit Psychiatrie drohst.

Weder Du, noch Wapelhorst waren Vorreiter. In meiner Amtszeit war zwar bekannt und wurde nicht bestritten, dass Ihr homosexuell seid, aber sichtbar war das nicht. Von der damaligen Chefredakteurin des Soester Anzeigers wissen wir, dass wir die einzigen waren, die unsere Paarbeziehung als selbstverständlichen Teil der Berichterstattung sehen wollten, alle anderen Ratsmitglieder und Wapelhorst wollten das ausdrücklich nicht. Am 9.2.2018 bei einer Veranstaltung des Kulturforums bekam meine Lebensgefährtin ein Gespräch zwischen u.a. Joachim Schmallenbach und Frida Schütz mit. Sie diskutierten darüber, wer in Soest offen homosexuell lebe und kamen zu dem Schluss: nur Carl-Jürgen Schroth [Anmerkung: ein Unternehmer und Kunstsammler].

Wapelhorst verbrachte seine Urlaube in Bali, angeblich um sich dort um Kinderheime zu kümmern – lol. Und immer wieder wurde mir berichtet, dass er Männer, mit denen er sicherlich keine Beziehung auf Augenhöhe führte, in Hamm, aber nicht in Soest traf.

Wapelhorst gehörte zum engsten Umfeld des Bürgermeisters und hat mich vom ersten Tag an bekämpft, dafür finden sich viele Beispiele in der gerichtlichen und außergerichtlichen Auseinandersetzung und ich könnte viele weitere erzählen. Ich habe Peter Wapelhorst immer vor allem als hinterhältig wahrgenommen.

Als die Dinge mit Anne Richter so schwer wurden, hat mir jemand gesagt, dass es noch jemanden bei den Grünen gäbe, aber diejenige sei hinterhältig. Ich kann mich aber leider nicht mehr daran erinnern, wer das gesagt hat und ob dieser jemand Dich meinte. Aber unabhängig davon, auch Dich nehmen wir mittlerweile als hinterhältig wahr, denn Du hast uns gegenüber suggeriert, ein Alley zu sein und uns in Wahrheit aber zu keinem Zeitpunkt geholfen, im Gegenteil. Heute sind wir überzeugt, dass Du uns vor allem ruhig halten wolltest. Wir haben am Telefon sogar

wahrgenommen – im Übrigen genauso wie bei Anne Richter – dass wenn wir Dir erzählten, wie schlecht es uns geht, ihr gelacht habt. War das nur Unsicherheit, weil Ihr doch ein schlechtes Gewissen habt oder doch Sadismus?

Vielleicht ist Hinterhältigkeit die Charaktereigenschaft, die man entwickelt, wenn man nicht offen lebt, wenn man sein Leben lang Mimikry betreibt, wenn man sich immer versteckt, sozusagen im Schrank lebt.

Und vielleicht warst Du auch eifersüchtig, dass wir uns so selbstverständlich nahmen, was Du, weil Du eine Generation älter bist, nie haben konntest. Vielleicht sollten wir es nicht leicht haben, weil Du es so schwer hattest.

Erinnerst Du Dich noch: auf der Veranstaltung beim vsw hast Du mir empfohlen, in die Dortmunder Subkultur auszuweichen. Und Claudia hast Du an diesem Abend vorgeworfen, sie sei egoistisch – offensichtlich weil Sie es in den 10er Jahren des 21. Jahrhunderts als selbstverständlich empfunden hat, als Paar aufzutreten. Und gleichzeitig hat Anne Richter mich immer wieder gedrängt, nach Soest zu ziehen. Wir sollen leben wie in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts.

Du bist bei den Grünen. Du hättest dafür kämpfen sollen, dass unser Auftreten als Paar selbstverständlich war. Als ich Dich im Dezember wegen der Berichterstattung des Soester Anzeigers anscrieb, da hättest Du beispielsweise zu Dr. Ruthemeyer gehen können und darauf drängen können, dass er uns auf der nächsten Veranstaltung ganz selbstverständlich als Paar vorstellt. Als nach meinem inkriminierten Interview im Soester Anzeiger behauptet wurde, ich hätte nie vorher über Diskriminierung gesprochen, da hättest Du aufstehen können und sagen können, dass das anders war, dass ich mindestens sowohl mit Dir als auch mit dem Bürgermeister und dem Soester Anzeiger darüber gesprochen bzw. geschrieben hatte. Aber all das hast Du nicht getan.

Damals wusstest Du zumindest noch genau, welche Mechanismen der Diskriminierung am Werk waren und hast uns das sogar geschrieben [Anmerkung: Diese Formulierung stammt von Maybaum: „*Soest ist und bleibt ein beschauliches Städtchen. Seine eingesessenen BürgerInnen und Bürger tun sich schwer mit Menschen, die aus den tradierten und verankerten Rollenbildern fallen. Da sind manchmal auch meine GRÜNEN Parteikolleginnen und -Kollegen nicht so weltoffen, wie ich es mir wünsche und die Partei es eigentlich auch lebt. Erfolgreiche, lesbische, feministische Frauen fallen aus diesen Rollenbildern und erzeugen damit manchmal Befremden.*“]. Heute sagst, Du hättest auf der vsw Veranstaltung beobachtet, wie wir uns unterhalten hätten. Es soll also nicht wahr sein, dass niemand mit uns sprechen wollte und dementsprechend gab es also keine Diskriminierung. Das ist albern. Was hätten wir denn tun sollen, wenn Menschen uns mit der Verweigerung des Augenkontaktes signalisieren, dass sie sich nicht mit uns unterhalten wollen? Uns in eine Ecke stellen oder die Veranstaltung verlassen? Natürlich haben wir Menschen einen Smalltalk aufgezwungen, indem wir die Signale bewusst missachtet haben.

Und wer weiß, was Du in Soest noch alles über uns erzählst. Du bist der Schlüssel. Wenn Du als Lesbe beglaubigst, dass es keine Diskriminierung gab, dann entlastest Du alle anderen, dann können die sich gut fühlen bei dem, was sie uns antun.

Und Du bist sicherlich auch diejenige, die uns und unsere Schilderungen bei Euren Parteispitzen in Düsseldorf und Berlin unglaublich gemacht hat. Mindestens Dr. Limbach und Josephine Paul riskieren Ihre Ministerposten, vermutlich weil Sie Dir als Lesbe geglaubt haben.

Du bist es, die uns verraten hat. Anders als Judas hast Du Dich aber nicht für ein paar Silberlinge kaufen lassen. Du hast etwas viel wertvolleres bekommen: Anerkennung! Während meiner Amtszeit warst Du praktisch unsichtbar und nun sieht man Dich oft auf Fotos, oft stolz neben dem Bürgermeister. Aber die anderen Ratsmitglieder missbrauchen Dich nur.

Und der Preis, den Du in Wahrheit zahlst, ist, dass Du Dein politisches Wirken zerstört hast. Du standest doch einmal für die Rechte von Frauen und queeren Menschen. Und nun hast Du Dich auf die schändlichste Art und Weise an der Vernichtung von zwei Menschen beteiligt... Ich kann mir das nur so vorstellen, dass Du ganz persönlich uns entmenschlichst hast, um Dir einzureden, dass wir selbst Schuld an dem sind, was uns passiert und dass das alles ganz anders war, als wir es schildern.

Aber weißt Du, es kommt gar nicht mehr darauf an, ob es diese ganzen, schwer zu beweisenden Mikro-Aggressionen gegeben hat. Denn mittlerweile gibt es so viele harte Fakten: die Nichtwiederwahl trotz der herausragenden Leistungen, die Lügen in der Nichtwiederwahlkampagne, die Lügen in der Zeitung am Tag nach meinem inkriminierten Interview und in meinem wikipedia-Eintrag, die fristlosen Kündigungen, die Verweigerung von

Zeugnis, Urlaubs- und Überstundenansprüchen und einer Abfindung, das Ghosting, die Drohung mit der Psychiatrie, etc.

Für all das bist Du als stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates in besonderer Weise verantwortlich.

Was ich nicht verstehe, ist, warum Du die Anerkennung von Menschen suchst, die Dich über Jahrzehnte vermutlich auch diskriminiert und ausgegrenzt haben und deren Preis für ihre Anerkennung ist, dass Du Dich federführend an unserer Vernichtung beteiligst? Du bist doch frei. Du verfügst über eine Beamtenpension, Politik ist nur Dein Hobby und Du magst nicht einmal die Mitglieder Deiner eigenen Fraktion, redest von ihnen ausdrücklich als Parteikolleg*innen und nicht als -freund*innen.

Ich habe mich lange schwergetan, zu glauben, was uns passiert, zu glauben, dass wir so planvoll und zielgerichtet vernichtet werden, dass jemand bzw. eine gesamte Gruppe so brutal, grausam und sadistisch sein kann. Aber das passiert nicht nur uns. Die Beobachtung des Missbrauchs von Harry und Meghan, des Dukes und der Duchess of Sussex hat mir/ uns geholfen, die Mechanismen dieses Missbrauchs zu verstehen, die auch uns getroffen haben. Deshalb möchte ich hier noch einmal den Vergleich zu dem Paar aufmachen.

Gerade vor einigen Tagen wurde bewiesen, dass, als Harry und Meghan nach der Australien-Reise so populär waren, dass sie die höherrangigen Mitglieder der Königsfamilie überstrahlten, das Presseteam von Prinz William Geschichten, oft mit einem falschen Spinn an die Presse durchstachen, mit der vollen Absicht, Meghans mentale Gesundheit so zu beschädigen, dass sie Großbritannien verlassen würden, mindestens billigend in Kauf nehmend, dass die schwangere Meghan sich das Leben nehmen würde. Zudem trugen sie so auch dazu bei, Meghan zur meist gehassten Frau der Welt zu machen und Harry als einen Mann zu charakterisieren, der Rassenschande begeht und unter dem Pantoffel seiner dominanten Ehefrau steht.



So brachten sie Harry und Meghan in Gefahr, denn daraufhin gab es hochfrequent Morddrohung rechter Extremisten.

Womit die Königsfamilien nicht rechnete, war, dass Prinz Harry das Land mit seiner Frau verlassen würde. Als er es tat, sah die Königsfamilie eine große Gefahr darin, dass die beiden außerhalb GBs erfolgreich sein und die Königsfamilie dadurch in Frage stellen würden. Deshalb haben sie planvoll und zielgerichtet alles getan, mindestens Harry zurück nach GB zu zwingen, um ihn dort unter Kontrolle zu bekommen. So brachen sie unter einem Vorwand das Sandringham Abkommen. Sie nahmen der Familie die Leibwächter, wohl wissend, dass Harry sich deren Dienste alleine nicht leisten konnte und dass sie ihren Sohn, ihre Schwiegertochter und auch den 9 Monate alten Enkel so großer Lebensgefahr aussetzen. Außerdem schnitten sie die Familie von Geld ab. Darüber hinaus startete die rechte Tabloid-Presse, durch einen ungeschriebenen, unsichtbaren Vertrag mit der Königsfamilie verbunden, eine intensive Schmierkampagne, um den Ruf von Harry und Meghan weltweit so zu zerstören, dass sie als Vertragspartner uninteressant wurden.

VIDEO

Royals make plans for return of 'vulnerable' Harry and Meghan

The Diplomat, Political Editor
Sunday January 24, 2020,
11:03am GMT
The Sunday Times



The Sussexes in 2018. © AP/WIDE WORLD

1 What they said

A historic "divorce" deal was thrashed out by Buckingham Palace last weekend that will see Harry and Meghan move to North America, stop using their HRH titles and surrender state funding in exchange for the freedom to seek commercial deals in areas where they can promote their charitable values.

But royal sources say the pair are under severe strain and that family members and staff are concerned about the effect the breakaway is having on them.

2 What they said

Prince Harry broke cover last week to express his disappointment that he had been asked to give up his military titles as part of the agreement, including his role as captain-general of the Royal Marines.

At the same time, Meghan was ambushed by photographers while out walking with the couple's infant son, Archie.

"The palace are very worried about the Sussexes, because they are vulnerable outside the embrace of the family," a source said.

"They are making contingency plans in case the Sussexes suddenly turn round and say: 'Can we come back under your wing?'"

What we heard

A historic "divorce" deal was thrashed out by Buckingham Palace last weekend, one designed to be as punitive as possible. That is why we will imply that they were forced to give up state funding rather than admit that they offered to do so. We do not expect them to succeed in finding commercial deals.

Royal sources have admitted that they are not concerned that they are putting Harry and Meghan under mental strain, because their hope is to break them.

What we heard

Prince Harry acknowledging his disappointment at what everyone saw as the Royal Family's vindictiveness, is what we think he deserves and what we have been hoping for.

At the same time, because we want to make sure Harry feels under siege, a pap is taking pictures of Meghan and their son, that we'll buy.

The palace is very worried about the Sussexes, is the narrative we want to sell, while we work with the palace to make sure the Sussexes are vulnerable

The contingency plan is to force the Sussexes' return. We never thought they would leave, and now the palace is scrambling to find a way to make the hellscape that was their life behind palace wall, seem like utopia

3 What they said

"You could bring them back to Frogmore to look after them. They wouldn't return to royal duties, but they could have a period of rehabilitation and recuperation," a source said.

"You see the way it has disintegrated over there in the last few days. What is happening is that they are being told that there is love and affection on standby."

4 What they said

Courtiers are also looking into other boltholes for the couple. "They could spend a month at Sandringham. There is also the Prince of Wales's house in Wales.

"This is a looking ahead thing. There's no timeline here. But everybody agrees that this is a fragile couple. Nobody is going to say, no they can't come back."

Others think that while Harry might want to return, Meghan is committed to a life away from what she has told friends is a "soul-crushing" existence in the royal household.

Some details of the deal are still being worked out, including the couple's use of the "Sussex Royal" name.

What we heard

"You could say our hope is to bring them back to Frogmore and you would be partially right. We just want them back under palace control," a source said.

"You see the way we are weaponizing their mental health. What's happening is that we doing our best to break them, while making it appear that we are their savior."

What we heard

Courtiers are looking into ways to make the couple feel so broken they can send them wherever they wish without any blowback on the family.

"This is us looking ahead to a time where our plan succeeds. There is no timeline for how long we are willing to use them if we can get them to come back"

Others think, but most know, that Harry is who we want to return. The hope is that the efforts that made life in the royal household, a "soul crushing" existence for Meghan's existence will keep her away.

Some details of the plans are still being worked out, because we need sure that the Sussexes are stripped of anything that we think is of value.

- Prince Harry and Meghan were forced out of the Sandringham Agreement to continue in public service from Canada when his father pulled the plug on funding.
- It followed news that a partner of a key aide to Prince William received £4,000 from *The Sun* allegedly for stories about the Duke and Duchess of Sussex when Wootton was executive editor.
- The payments came to light in anonymous whistle-blower emails claiming to be from admin workers within the Murdoch newspaper publishing empire.
- They told how the payments had provoked panic at *The Sun* and claimed senior executives quietly brushed the matter under the carpet.
- The payments allegedly related to stories about Archie's nannying and godparent arrangements and Wootton's January 2020 breaking story about so-called 'Megxit'.
- The Metropolitan Police looked into the alleged leaking but could not go to a judge for a warrant to search royal staff property without knowing the identity of the whistle-blowers.
- Two internal royal investigations followed – one involving Simon Case, who is today the embattled head of the civil service facing questions over the Government's response to the pandemic.

- The palace investigations cleared the aide after he denied being the source of the Archie and Megxit information and told Case that neither he nor his partner were friends with Wootton, although he admitted to knowing the journalist.
- *Byline Times* has uncovered new photographic evidence of Wootton, the aide and the aide's partner at a lavish private birthday party Wootton threw for his close friends in a £1,675-a-night hotel suite.
- Prince Harry sent formal 'letters before action' detailing the claims about Wootton and the palace to News UK.
- Sir Clive Alderton – today King Charles and Queen Camilla's right-hand man – and the former Lord Chamberlain Lord Peel put pressure on Harry to alter the legal papers.
- When the aide's name was not removed from the legal letters, the Sussexes were cut adrift financially and left unable to protect themselves despite having a security threat level equal to the monarch.
- The royal household had thought the threat of exposure would force Harry and Meghan to return to the UK, where their profile could be controlled preventing them from eclipsing the future King.
- But it drove a wedge through the Royal Family and set in train events leading to Prince Harry's book *Spare*, a string of high-profile commercial media deals, and ongoing bad blood in the British monarchy.



One well-placed source with knowledge of the matter told *Byline Times*: “They threatened the removal of the funding to try and protect the royal household from a potential courtroom scandal with Jones and Wootton very publicly at the centre. The actual removal of the funding weeks later was about control, and designed to force Harry and Meghan to come back to the senior royal family in the UK where their security would be assured.”

The source added: “The greater truth is that Harry and Meghan make better headlines than the King and Camilla or William and Kate. The idea of them still being in public service but abroad and out of the control of the institution and dominating the media narrative just couldn't happen.”

“Senior members of the family wanted them back after the transition period and were ready to continue playing dirty to make this happen. They never thought the trial period would work and tried everything to make it fail, starting with the removal of security and then signing off on a 12-month assault by the UK press on Harry and Meghan and everyone in their orbit.”

“As far as the institution of the monarchy went, the Sussexes had either to be safely in the tent in Britain or cast away and castigated as comprehensively as possible in order to reduce the threat of them eclipsing the rest of the family.”

“It's no surprise they have endured such a degrading time from such a willing British media, when the same just isn't true elsewhere in the world.”

Die Königsfamilie war also bereit und betrieb planvoll und zielgerichtet, Harry und Meghan zu brechen. Sie nahmen dabei mindestens billigend in Kauf, dass Harry und Meghan ihr Leben verlieren – entweder durch Suizid oder einen Anschlag. Sie gefährdeten auch das Leben und Wohlbefinden von Archie. Eine durch und durch brutale, unmoralische Familie! Weder Charles, noch William sind, meiner Meinung nach, geeignet, als Staats- und Kirchenoberhaupt und Oberbefehlshaber zu fungieren.

Meine/unsere Geschichte weist erstaunliche Ähnlichkeiten auf. Dr. Ruthemeyer wollte mich von Anfang an nicht, aber spätestens als er sah, dass ich ihm weit überlegen bin, taten er und sein Umfeld alles, um mich abzuwerfen oder mich spätestens durch Nichtwiederwahl aus dem Amt zu drängen: Ausgrenzung und Diskriminierung meiner Lebensgefährtin bei gesellschaftlichen Anlässen, Druck nach Soest zu ziehen, aber meine Lebensgefährtin nicht mitzubringen, Durchstechereien an die Presse - immer mit einem falschen Spinn, zusätzliche, überflüssige AR-Sitzung zur Erhöhung von mentalem und physischem Stress, verbales Zusammenschlagen in Aufsichtsratssitzungen, Instrumentalisierung von Mitarbeiter*innen gegen mich, planvolle und zielgerichtete Lügen, die mich als Mannweib und der Kampflesbe - aggressiv, proletenhaft, nicht bürgerlich – charakterisierten während ich mich gleichzeitig angeblich von meiner minderwertigen, aggressiven Lebensgefährtin manipulieren ließ.

Und weil ich nicht außerhalb von Soest erfolgreich sein durfte, um den Bürgermeister und meine Nichtwiederwahl nicht in Frage zu stellen, wurden mir schon vor dem Wiederwahltermin und erst recht danach alle Chancen zerstört, einen neuen Job zu finden. Mit der Nichtwiederwahl, der öffentlichen Verleumdung, mit mir könne man nicht vertrauensvoll zusammenarbeiten, der fristlosen Kündigung, der Nichtausstellung eines Zeugnisses, der Nichtauszahlung von Überstunden- und Urlaubsansprüchen bestrafte mich der Aufsichtsrat maximal und zerstörte meinen Ruf so, dass meine Karriere und meine wirtschaftliche Existenz vernichtet sind. Fehlende finanzielle Mittel und die Zerstörung meiner/ unserer mentalen Gesundheit, auch durch das Ghosting und Gaslighting, sollten mich/ uns wohl kampfunfähig machen. Als das nicht reichte, um mich zum Schweigen zu bringen, wurde versucht, mich mindestens unter Betreuung stellen zu lassen, ggf. sogar in die Psychiatrie zu bringen oder mich zumindest mit

dieser Drohung mundtot zu machen. Unseren Suizid nehmt Ihr/Du mindestens billigend in Kauf. Und ich bin mir sicher, dass mindestens einige von Euch uns auch töten würden, wenn sie sicher sein könnten, ungestraft zu bleiben. Ihr seid moralisch so verkommen, wie die Königsfamilie.

Harry und Meghan, der Duke und die Duchess of Sussex sind Überlebende von Missbrauch, Truth Teller, die mutig aufstehen und wiederholt klar gemacht haben, dass Sie sich nicht zum Schweigen bringen lassen.



Auch ich lasse mich nicht mundtot machen. Wenigstens meine Würde lasse ich mir nicht nehmen und wenn es mich das Leben kostet.

Und ansonsten schließe ich mich Madeleine Albright an:



Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Monika Dobberstein